

Bezugspreis:

Mittelsich 70 Pfennig monatlich... Reichsmark nordwärts...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Feil“...

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Normalezeile 20 Pfennig... Reichsmark „Kleine Anzeigen“...

Kiosken für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 12. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Luthers Katastrophe.

Der Reichstag lacht ihn aus. — Das Zentrum will ihn halten. — Die demokratischen Minister treten zurück.

Die demokratische Reichstagsfraktion beschloß in ihrer gestrigen Abend Sitzung, im Plenum zwei eigene Anträge einzubringen...

Der Redakteur der Demokraten, Abg. Koch-Wefer, wird in der Begründung erklären, daß die demokratische Fraktion nicht mehr die Möglichkeit sehe...

Die Fraktion wird nicht für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag stimmen, sondern nur für den eigenen Mißbilligungsentwurf...

Im Reichstag zu Berlin — nicht zu Worms! Wieder steht ein Luther als Angeklagter vor den Schranken...

So glaubte er mit der Flaggenverordnung, heimlich und ohne groß Wesens daraus zu machen, eine fertige Tatsache vor die Welt zu stellen...

Alles schien schon in bester Ordnung. Das Zentrum und auch die Demokraten machten Miene, auf diese Luther-Brücke zu treten...

Man hat Luther in letzter Stunde die Brücke selbst angefügt, die er eben erst geschlagen hatte, um seine Position zu stützen...

Was den Luther des Flaggenstreits vollends unmöglich macht, ist die Art seiner Ausreden. Zunächst beruft er sich auf „Vorgänge“...

fügt er hinzu, die Ausführung muß verschoben werden, bis sie auf der ganzen Erde gleichzeitig erfolgen kann...

Daß diese Ausreden im Gelächter der Linken erstickt wurden, ist begreiflich. Ebenso begreiflich, daß die Deutschnationalen gleichermäßen verduht waren...

Aufdeckung von Putschplänen.

Gaustrafungen bei rechtsradikalen Verbänden. Wichtiges Beweismaterial beschlagnahmt.

Der Polizeipräsident teilt mit:

In letzter Zeit haben sich die Anhaltspunkte für eine Unternehmung rechtsradikaler Elemente in so bedrohlicher Weise vermehrt...

Die Berliner Polizei hat deshalb am Nachmittag und Abend des 11. Mai eine ganze Reihe von Durchsuchungen bei in Frage kommenden führenden Persönlichkeiten...

Das bei den Durchsuchungen gefundene Material, das noch nicht abschließend gesichtet werden konnte, hat bereits klar erwiesen, daß sich die Verbände mit politischen Kampfaufgaben befassen...

Bei einer führenden Persönlichkeit ist beispielsweise eine Anweisung an die Zentrale ihrer Organisation gefunden worden, worin die Einzelheiten eines konzertierten Angriffes gegen Berlin geregelt werden...

führung der Verordnung bis zum 1. August unterbleibe. Luther hat die einen wie die anderen enttäuscht...

Keine Hand rührte sich, kein Beifallsruf erschall, als der neue Luther an seinen Platz zurückkehrte. Nur Gelächter begleitete ihn...

Das hat ihm sofort auch Giesberts namens des Zentrums attestiert. Zwar will das Zentrum keine Krise und deshalb nicht für den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag stimmen...

Das ist zwar nur ein indirektes, aber doch immer noch ein Mißbilligungsvotum. Was die dritte Reglerungsgruppe, die deutsche Volkspartei, auch sofort begriff...

Wahrscheinlich jene Briefe und Eingaben veranlaßt hat, die Stresemann dann zur Grundlage der Flaggenverordnung nahm...

Heute wird die Entscheidung über den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag fallen. Das Zentrum wird ihn, obwohl es das Verhalten der Regierung mißbilligt, ablehnen...

Nur wenn die Deutschnationalen heute mit den beiden Regierungsparteien (abgesehen der Demokraten), gegen den Mißtrauensantrag stimmen, kann Luther dem Sturz durch die Abstimmung selbst entgehen...

Es gibt überhaupt keine Abstimmung, die Herrn Luther nach seiner Katastrophe von gestern zu retten vermöchte. Dieser Kanzler ist unmöglich geworden und muß gehen!

Als Präsident Ebbe um 2 1/2 Uhr die Sitzung eröffnet, ist das Haus dicht gefüllt, auf den Zuschauertribünen und auf der Presseempore drängt sich Kopf an Kopf...

Inzwischen haben sich auf der Regierungsbank der Reichskanzler Dr. Luther, der Reichsaußenminister Dr. Stresemann sowie einige andere Mitglieder des Kabinetts eingefunden...

Abg. Breitscheid (Soz.):

Der Gegenstand der heutigen Beratungen ist die sozialdemokratische Interpellation über die Flaggenverordnung. Es handelt sich um die vom Reichskanzler gegengezeichnete Verordnung...

mit der Verfassung unvereinbar

sei, die es befragt haben, daß die Verordnung hinausgegangen sei, ohne diese Parteien vorher davon in Kenntnis gesetzt zu haben...

worben, diese Interpellation einzubringen, über den Inhalt der Verordnung und die Art, wie sie zustande gekommen ist. Es hätte näher gelegen, daß die Regierungsparteien, wenigstens ein Teil von ihnen, die Initiative zum Protest an dieser Stelle ergriffen hätten. Denn schließlich hatten sie den Anspruch darauf, vom Reichskanzler rechtzeitig über seine Absichten unterrichtet zu werden. Sie haben ja auch in der Presse sehr starke und lebhafteste Töne deswegen angeschlagen. Auch in der zweiten Frage haben diese Parteien, das Zentrum und die Demokraten sich Zurückhaltung auferlegt, deren Gründe wir begreifen, die wir aber auch bedauern, wenn wir die Feststellung machen müssen, daß die Minister Kühl und Warz sich mit der Verordnung einverstanden erklärten, und so ihre Parteien mit einer Verantwörtung beauftragten, die nur dadurch verringert worden ist, daß ihre Parteien diese Verantwörtung abgelehnt haben.

Wie ist der Sachverhalt? Der Reichskanzler hat bei verschiedenen Gelegenheiten erklärt, daß die Verordnung vollständig harmlos sei. In der von ihm gegebenen Begründung hieß es, daß die Verordnung gar keine politische, sondern nur eine rein praktische Bedeutung habe, und er versicherte nicht die Aufregung, die in den republikanischen Parteien und in den republikanischen Gruppen entstanden ist. Man könnte man doch leicht zu dem Schluss kommen, daß gerade, wenn die Verordnung so harmlos und politisch unbedeutend sei, man sie vorher mit den Regierungsparteien hätte besprechen müssen. Ich glaube, man stellt sich auf den Standpunkt, daß es sich um eine Frage handle, die den Reichstag im Grunde genommen gar nichts angehe. Aber Sie (zur Regierungsbank) haben doch

mit allen möglichen anderen Leuten vorher gesprochen.

Sie berufen sich auf Ihre Fühlungnahme mit den Auslandsdeutschen, worunter allerdings nur die Honoratioren zu verstehen sind, sie führen ihre Verordnung zurück auf die Anregung, die Ihnen von den deutsch-diplomatischen Vertretern vom Auslande zugekommen sei. Es ist vielfach gesagt worden, daß unter diesen diplomatischen Vertretern sich auch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei befunden hätten. Ich wäre sehr dankbar, wenn der Reichsaussenminister Gelegenheit nähme, diese Behauptung zu bekräftigen oder sie richtig zu stellen. (Abg. Graefe (Wol.) ruft aus: Herr Reichskanzler!) Ich habe bisher nicht gewußt, daß Sie, Herr Graefe, in die Geheimnisse der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Reichsaussenminister und Herrn Kaufher eingeweiht sind. (Heiterkeit.)

Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie Sie hinter diese Geheimnisse gekommen sind, vorläufig aber müssen wir noch abwarten, was der Reichsaussenminister darüber zu sagen hat. (Sehr richtig bei den Soz.) Selbst aber, wenn Herr Kaufher sich so geäußert haben sollte, so würde das an unserem Standpunkt nicht das geringste ändern. (Sehr wahr bei den Soz.) Mit den Auslandsdeutschen haben Sie also über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Flaggenerordnung gesprochen, nur nicht mit den Parteien, nur nicht mit dem Reichstag. Hier zeigt sich eine merkwürdige Vergeßlichkeit. Wir können uns nicht ganz dem Eindruck erwehren,

daß es immer mehr zur Praxis der Regierung wird, das Parlament, die Volkvertretung in den Hintergrund zu drängen und sie mit geringschätziger zu behandeln.

Ich brauche in dieser Hinsicht nur an das Zustandekommen des Ruffenvertrages zu erinnern. Alle möglichen Leute und Instanzen waren unterrichtet und vorbereitet, aber weder das Parlament noch die Parteien sind vorher unterrichtet worden, wir waren genötigt, unsere Nachrichten darüber aus der ausländischen Presse zu holen. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, als solle das Parlament nur noch als eine Art Quantité négligeable behandelt werden. (Von rechts wird gerufen: Mehr ist es ja auch nicht!) Es ist von ganz besonderem Interesse, daß die Führer der Deutschnationalen erklären, der Reichstag sei nicht mehr als eine Quantité négligeable. (Stürmische Heiterkeit, hört auf der Bank.) Dem Sinne des demokratischen Parlamentarismus entspricht ein solches Vorgehen nicht und gerade die jetzige Regierung hätte allen Anlaß gehabt, mit den Parteien in Verbindung zu treten, es wäre für den jetzigen Reichskanzler doppelt notwendig gewesen, sich der Zustimmung zu mindestens seiner Regierungsparteien zu versichern, ehe er einen solchen Schritt unternähme. Der Reichskanzler beruft sich darauf, daß die Verordnung mit der Reichsverfassung in Vereinbarung zu bringen sei. Ueber das, was mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen ist, bestehen zwischen uns und der Regierung erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Bei der Fürstenabfindung stellte sich die Regierung auf den Standpunkt, daß die Besetze nicht mit der Verfassung in Einklang ständen. Ich bewundere in beiden Fällen die Kunst der Interpretation der Regierung. Ich erinnere an die Junius-Briefe aus dem 18. Jahrhundert, die in der englischen Geschichte eine so große Rolle spielen. Dort heißt es, was die Konjuranten sagen, sei nicht geeignet, viel Vertrauen zu erwecken. Wir sind bereit zuzugeben, daß der Wortlaut des Artikels 3 nicht verletzt worden ist, der — und das bedauern wir, — ein böses Kompromiß enthält, zwischen dem Schwarzrotgold der Reichsflagge und der Handelsflagge Schwarzweißrot mit der Schwarzrotgoldenen Ecke. Aber es kommt doch nicht nur auf den Wortlaut, sondern auf den Sinn der Verfassung an. Die Reichsflagge ist Schwarzrotgold, die Handelsflagge ist Schwarzweißrot mit der Schwarzrotgoldenen Ecke.

Für jeden vernünftig Denkenden steht fest, daß als die Reichsflagge ausdrücklich Schwarzrotgold proklamiert worden ist und daß auf den Staatsgebäuden des Reiches und auf den Gebäuden der deutschen Auslandsvertretungen nur die Reichsflagge zu wehen hat.

Die Handelsflagge kommt nur für Handelsinstitutionen in Betracht, wie das auch hervorragende Juristen gerade von der rechten Seite feststellten haben. Die Regierung beruft sich auf die Auslandsdeutschen. Sie müncht die Disharmonie zwischen der Schwarzrotgoldenen Reichsflagge auf den Amtsgebäuden und der Schwarzweißroten Handelsflagge auf den Privatgebäuden aus der Welt zu schaffen. Davon haben wir schon einiges erlebt, wie durch den Herrn v. Rosenberg, der auf seinem Gefandtschaftshause schon vor der Verordnung die Handelsflagge gezeigt hatte. (Der Reichsaussenminister Stresemann ruft: „Das Gebäude liegt gerade den Schiffen gegenüber!“ Heiterkeit.) Wo kann jeder deutsche Vertreter seine Flagge so legen, je nachdem sein Gebäude in größerer oder geringerer Entfernung von den Schiffen liegt! Die Berufung auf die Wünsche der Auslandsdeutschen ist durchaus unredlich. Wir haben in den letzten Tagen eine große Anzahl Zuschriften aus dem Auslande bekommen, die sich gegen die Flaggenerordnung wenden. (Zurufe rechts: Bestellte Telegramme.) Sowie Geld haben wir gar nicht! (Widerspruch rechts.) Die Zustimmung zu der Flaggenerordnung kommt von den Honoratioren der Auslandsdeutschen.

Arbeiter und Handwerker stellen sich auf den Standpunkt: es ist eine Schande, daß man jetzt das Recht der Schwarzrotgoldenen Farben auf neue beeinträchtigen will.

Die Zustimmungen kommen von den Vorstehenden der rechtsgerichteten Vereine, die ihre Mitglieder gar nicht gefragt haben. Auch diese Flaggenerordnung ist nichts weiter als ein faules Kompromiß. Aller Welt wird dadurch verkündet: das deutsche Volk ist nicht einig über seine Flagge. (Lärm rechts.) Gegen das Schwarzrotgold protestiert nur deshalb ein Teil des Volkes, weil dieser Teil Gegner der Republik ist! Unter diesen doppelten Flaggen werden jetzt die Deutschen zusammenkommen und singen: Einigkeit und Recht und Freiheit! Vielleicht ist der Wortlaut der Verfassung nicht verletzt, aber dem Sinne der Verfassung wird zuwidergehandelt. (Sehr wahr links!) Nicht zum ersten Male ist ja auf dem Wege einer obrigkeitlichen Verordnung der Sinn der Verfassung in sein Gegenteil ver-

ändert worden. Es gibt Leute, die meinen, man solle die Farben nicht zum Feilsch werden lassen. Aber hier handelt es sich um ein Symbol, um eine Idee. Symbole sind es, die den Staat und seinen Willen, die Tendenzen in diesem Staatswillen verkörpern. In dem Schwarzweißrot sieht uns die Sehnsucht nach den alten Zeiten und Zuständen gegenüber, das Verlangen nach der Wiederherstellung des Kaiserreichs. Und deshalb halten wir darauf, daß das Schwarzrotgold unangefastet bleibt. Wenn man sagt, Symbole hätten keine Bedeutung, so erinnere ich an das Jahr 1874 als in Paris der Einzug der Royalisten vorbereitet war, als das französische Volk auf Einführung der Tricolor bestand, während die Monarchisten auf ihrem Willenbamer bestanden. Nur daran ist damals die Wiedereinführung der Monarchie in Frankreich gescheitert.

Die Schwarzrotgoldene Farbe hat ihre Bedeutung, und wer sie antastet, wer sie einschränken will, der greift die Grundgedanken der demokratischen Republik an. (Stürmische sehr richtig links.)

Die neuen Farben wurden mit der Begründung eingeführt, daß sie etwas Neues darstellen und beweisen sollten, daß Deutschland etwas anderes sein wolle, daß Deutschland ausführen wolle, ein verlängertes Preußen, der monarchistische Obrigkeitsstaat zu sein, daß es auf dem Wege sei, eine freie Republik zu werden. Die Schwarzrotgoldenen Farben sind der Ausdruck der Verfassung, deren Vorpruch lautet: „Das deutsche Volk einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen, und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Es bestand also die Absicht der Vereinigung der deutschen Stämme auch über die Staatsgrenzen im Innern hinaus und diese Absicht veranschaulichen die Farben Schwarzrotgold. (Rufe rechts: Die Absicht war ganz anders!) Die Absicht der Vereinigung aller Stämme war da, aber die neue Verordnung ist ein Zugeständnis an diejenigen, die sich heute noch nicht von Schwarzweißrot trennen wollen, ein Zugeständnis also an die Deutschnationale Partei. Es wird dem Reichskanzler außerordentlich schwer sein, das in Abrede zu stellen, die Tendenz geht doch dahin, den alten Farben allmählich wieder zur alleinigen Geltung zu verhelfen. Dieser Tage hat ein sogenannter konservativer Parteitag stattgefunden, das ist die Traditionskompanie der Deutschnationalen (Heiterkeit), ein Parteitag, den man vielleicht als Geheimparteitag (Heiterkeit) bezeichnen könnte und dort hat Herr Everling seine den Mann ernährende royalistische Royalität bekundet. (Entrüstungsrufe rechts.)

Der konservativer Parteitag hat eine Resolution angenommen, die dem Reichspräsidenten innigsten Dank dafür sagt, daß er die Flaggenerfrage ihrer Lösung näher gebracht hat. Das ist natürlich nur der erste Schritt zu dem Ziele dieser Herren, nämlich zur alleinigen Geltung der Schwarzweißroten Flagge.

Der Reichskanzler streitet das alles ab und sagt: die ganze Angelegenheit sei harmlos, sie habe keine politische Bedeutung. Herr Reichskanzler, ich würde mich scheuen, Ihre Intelligenz so zu unterschätzen, daß Sie sagen könnten, Sie hätten sich bei dem Erlaß nichts gedacht, Herr Reichskanzler, Sie sind zu allem Möglichen imstande, aber zu einem solchen Maß von Harmlosigkeit doch nicht. (Stürmische Heiterkeit.) Sie reichen dem Teufel den kleinen Finger, er wird bald die ganze Hand in Anspruch nehmen.

Wer die Augen in der letzten Zeit offen gehalten hat, der kann sich der Befürchtung nicht entschlagen, das manches geschieht, um im Sinne der Reichsparteien die Rechte des Parlaments einzuschränken und eine Prärogative einer anderen Seite zu schaffen. (Sehr richtig links.)

Hat denn z. B. der Reichskanzler bei dem Duellgesetz den Reichspräsidenten nicht darauf aufmerksam gemacht, daß die Verfassung ihn verpflichte, das vom Reichstag beschlossene Gesetz zu verkünden? Wunders Sie sich nicht, wenn unter den Reichsparteien im Lande das Gerücht ausgebreitet wird: Kommt der Reichspräsident über die Fürstenfrage zustande, dann wird der Reichspräsident das Gesetz nicht verkünden! Ich erinnere auch an das böse Wort: „Er vertritt nicht hinter dem Reichspräsidenten.“ Hier rührt man an die Grundlagen der Verfassung und an die Grundrechte des Reichstages, um die Prärogative des Reichspräsidenten zu ver stärken. Bis in die letzten Tage hinein bemühte man sich, den Reichspräsidenten zum unmittelbaren Einreisen in die Politik zu bringen. Der Reichskanzler hat sich den Flaggenerbrief vom Reichspräsidenten schreiben lassen. Das bedenklichste ist der Versuch, die politische Verantwortlichkeit von der Regierung auf den Reichspräsidenten zu verlegen, aber sie bleibt bei dem Reichskanzler. Es ist nicht möglich, den Reichspräsidenten aus der ihm zustehenden verfassungsmäßigen Rolle hinauszuziehen, und ihn in die politischen Debatten hineinzuziehen. Es macht dem Reichspräsidenten alle Ehre, daß er mit seinem Briefe vernünftliche Absichten hat. Aber der Reichskanzler erklärt, daß der Flaggenerlaß kein Stoß gegen Schwarzrotgold, sondern vielmehr gegen Schwarzweißrot sein soll! (Lachen links.) Der Schwarzrotgoldenen Fahne soll größere Geltung verschafft werden als bisher, indem auf den deutschen Gebäuden im Auslande das Schwarzweißrot mit der Konzeptionsgisch geflaggt werden soll!

Man weiß, wie so etwas gemacht wird, man wickelt das Fahrenrad einmal um die Stange, dann verschwindet die Gisch. Das nennt man eine stärkere Geltung von Schwarzrotgold!

Was Ziel des Erlasses ist auch erklärt worden, man wolle Versöhnung schaffen. Aber wen versöhnen Sie? Die Auslandsdeutschen! Den konservativen Parteitag! Indem die Regierung draußen versöhnen will, vernichtet und stürzt sie innerhalb Deutschlands die Zwietracht und Uneinigkeit. (Sehr richtig links.) Wir haben in diesem Hause heute sprechen hören von der Versöhnung der arbeitenden Klassen mit dem Staat. Auch der Reichskanzler hat den Gedanken vertreten, wir müßten die Arbeiterklasse mit dem Staat versöhnen. Auch wir wissen sehr genau, daß dieser Staat, wie er heute ist, nicht die Bollenbung dessen darstellt, was wir erstreben, aber trotzdem waren wir schon auf dem Wege zur Versöhnung und das geschah dadurch, daß man der Arbeiterklasse die Schwarzrotgoldene Flagge gegeben hat. (Unruhe rechts.)

Morgen wird es ein Jahr sein, daß von dieser Stelle aus der gegenwärtige Reichspräsident den Eid auf die Verfassung, auf die Schwarzrotgoldene Fahne ablegte.

Wir wissen, daß seit diesem Eid, seit diesem Bekenntnis zu Schwarzrotgold eine Welle des Vertrauens auch zu diesem Reichspräsidenten durch das ganze Volk gegangen ist, weil der Reichspräsident auf die Schwarzrotgoldene Fahne seinen Eid abgelegt hat.

Und nun wollen Sie wieder die Geltung des Schwarzrotgold beeinträchtigen und die alte Fahne des Kaiserreichs wieder zur Geltung bringen?

Damit heiten Sie neue Zweifel und neuen Groll in die Herzen der mit dem Staate Versöhnten und erwecken neue Zwietracht, weil Sie das Lob der konservativen Partei haben, weil Sie behaupten, daß ein paar Konzeptionsräte in Hamburg und ein paar Großunternehmer in Buenos Aires mit den Schwarzrotgoldenen Farben einverstanden sind. Ich wiederhole, daß die Herbeiführung von Schwarzrotgold in unserem Volke einen Ausgleich anlocken hat, wie es sonst vielleicht noch niemals der Fall gewesen ist. Sie (nach rechts) reden immer davon, daß wir die rote Fahne hätten.

Jawohl, die rote Fahne ist die Fahne des Sozialismus. (Zehnter Beifall bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Die verfassungsmäßigen Reichsfarben haben nun aber Millionen von Arbeitern in Kleiderbänder Schwarz-Rot-Gold vereinigt, und das Reichsbanner ist eine Glorietz, die im besten Sinne Staatssymbol wirkt. (Widerpruch rechts.) Durch die Verordnung aber wird nur ein Teil neuer Zwietracht in das Volk getrieben.

Der Reichskanzler wird allerdings erklären: „Ich habe es nicht gewollt!“ So hat schon mancher in zu später Stunde gesagt: „Ich habe es nicht gewollt.“ Und trotzdem muß er die Verantwortung der Geschichte tragen. (Sehr richtig links.)

Wenn Sie (zum Reichskanzler Dr. Luther gewandt) sich bei alledem nichts gedacht haben, wenn Sie überrascht worden sind durch das, was Sie jetzt erlebt haben, dann mache ich mir das Wort unseres Kollegen Adam Röder vom Zentrum zu eigen, der heute in der „Germania“ geschrieben hat: „Die Krise im Staat ist entstanden aus Mangel an geistiger Kontrolle und einer überlegenen Führung.“ Sie befanden damit einen Mangel an Ratsmännischer Einsicht und Voraussicht, der Sie nach unserer Überzeugung nicht dazu befähigt, am Steuer des Staates zu gebieten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Politiker, ein Staatsmann und Minister muß jedenfalls als eine seiner hervorragendsten Eigenschaften in Anbetracht nehmen, über den Augenblick hinauszusehen, er muß imstande sein, die im Volke herrschenden Stimmungen und Strömungen rechtzeitig zu erkennen, unabhängig von Ratschlägen aus seiner unmittelbaren Umgebung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat sich einmal darauf berufen, daß er über den Parteien stehe. Reusch hat er von dieser Stelle aus den bedenklichen Satz geäußert, er habe überhaupt keinen politischen Standpunkt. Das mag vorübergehend sehr nützlich und zweckmäßig und sehr angenehm sein, Herr Reichskanzler, aber es kommt ein Augenblick, wo auch ein Reichskanzler und dieser erst recht einen sehr ausgesprochenen politischen Standpunkt haben muß, wo man mit Parteilosigkeit nicht weit kommt. Herr Reichskanzler, Sie sind in der Politik das, was ein gewisser Generalanzeiger-Typ in der Journalistik ist. (Stürmische Heiterkeit.) Am Kopfe steht „unparteiisch“, aber in den Spalten des Blattes wird regelmäßig deutsch-nationale Politik gemacht.

Entweder beabsichtigen Sie, Zugeständnisse an die Reichsparteien zu machen, dann sind Ihre politischen Absichten kompromittiert, oder Sie beabsichtigen gar nichts. Sie haben nicht vorausgesehen, was Sie anrichten, dann verzehren Sie mit den Ausdrück, was Ihre politische Intelligenz gering, und auch in diesem Falle sind Sie nicht mehr befähigt, die Geschäfte des Reiches zu führen.

Nun soll ein Kompromiß gemacht werden. Es ist möglich oder wahrscheinlich, daß Sie auch jetzt als Reichskanzler wieder in Ihr Palais zurückkehren, aber eins vergessen Sie doch nicht, man lebt nicht dauernd von abgelehnten Mißtrauensvoten, davon, daß man es heute mit der Linken und morgen mit der Rechten hält. Sie haben das Mißtrauen der Rechten gegen Ihre auswärtige Politik.

Wir haben trotz schwerer Bedenken gegen Ihre innere Politik, Ihre auswärtige Politik begünstigt. Der Moment kann aber kommen, wo diese Erwägungen nicht mehr stark genug sind, um uns zu veranlassen, die Außenpolitik einer Regierung zu unterstützen, an deren Spitze ein Reichskanzler ohne politischen Standpunkt steht.

Wir können uns nicht vorstellen, wie das neue Kompromiß aussehen soll, wie diese Paarung von Schwarzrotgold und Schwarzweißrot gestaltet werden soll. Sie von den republikanischen Mittelparteien empfinden jetzt genau so, wie die deutschen Bischöfe nach dem Karlsbader Beschlusse: „Das Band ist zerschnitten, was Schwarzrotgold, und Gott hat es gelitten, wer weiß, was er gewollt.“ Wir dagegen wollen uns dieser Stimmung nicht überlassen, wir halten es mit dem Spruch: „Blut ist schwarz, Blut ist rot, golden floktert die Flamme.“ (Stürmische langandauernde Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Dr. Luther

(von den Kommunisten mit Lärm empfangen: Der Abg. Breitscheid hat bemängelt, daß ich verfußt hätte, den Reichspräsidenten zu einem unmittelbaren Eingriff in die Politik zu veranlassen. Diese Darstellung entspricht in gar keiner Weise den Tatsachen. Die politische Verantwortlichkeit steht allein bei der Reichsregierung und im vorliegenden Falle beim Reichskanzler. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß gerade bei Vorgängen, wie dem jetzt erörterten, die Doppelseitigkeit der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers besonders deutlich in die Erscheinung tritt. Von der Verfassungsmäßigkeit der Verordnung vom 6. Mai ist hier in dem Sinne gesprochen worden, daß eine Verletzung des Wortlauts des Artikels III nicht gegeben sei. Dagegen ist seitens des Interpellanten bemerkt worden, man dürfe bei Auslegung der Verfassung nicht Bezug nehmen auf irgend welche Urteile und bereits früher erfolgte Entscheidungen. Ich glaube, daß man diesen Grundsat nicht so wird annehmen können, selbstverständlich, wenn unzweifelhaft etwaige Entscheidungen gegen die Verfassung fallen; aber wenn es sich darum handelt, unter der möglichen Auslegung der Verfassung etwa die Auswahl zu treffen oder darum, eine Auslegung, die die Regierung ihrerseits vornimmt, durch frühere Auslegungen zu stützen, so weiß ich nicht, was dagegen eingewendet werden soll. Ich glaube, mit ganz beschwichtigenden Aussagen ist stets die Meinung vertreten worden, daß die allgemeine Organisationsgewalt nur ein besonderer Anwendungsfall der allgemeinen Regel ist, die dadurch in der Verfassung ihren Ausdruck findet, daß der Reichspräsident den Reichskanzler, die Minister und die Beamten ernannt. Der einzige Einwand, der noch erhoben worden ist, ist der, eine Handelsflagge sei eigentlich nur in Zusammenhang mit Schiffen denkbar. Aber es gibt ein Schreiben an den Vorstehenden des Deutschen Museums vom 31. August 1923, gezeichnet vom damaligen Innenminister Sollmann (Hört, hört! rechts), das dahin lautet: „Mit Ihrem Vorschlage für die Beflaggung des Deutschen Museums, wonach neben der in der Mitte befindlichen neuen Hausflagge rechts die Schwarzrotgoldene Nationalflagge, links die weißblaue bayerische Landesflagge, gegebenenfalls weiter rechts die Flagge der Stadt München und weiter links die Schwarzweißrote Handelsflagge mit der Schwarzrotgoldenen Ecke geflaggt werden soll, erkläre ich mich einverstanden.“ (Stürmische Rufe: Hört, hört! rechts.) Wir liegt nur daran, durch dieses Beispiel darzutun, daß sich die Reichsregierung bei ihrem jetzigen Verfahren hinsichtlich der Auslegung der Verfassung in vollem Einklang mit früheren Auslegungen der Verfassung befunden hat. Der Reichskanzler stellt fest, daß die grundlegende Bekanntmachung über Reichswappen und Reichsadler und die Verordnung vom Jahre 1921 ebenfalls dem Reichsrat nicht vorgelegt worden sind.

Ich lege also auf die privaten Zwiffligkeiten in der Flaggenerfrage, so bedauerlich sie an sich sind, hier kein Gewicht, anders verhält es sich hinsichtlich der

Schwierigkeiten zwischen den Behörden, den deutschen Gesandtschaften und Konsulaten auf der einen Seite und der deutschen Bevölkerung im Auslande auf der anderen Seite.

Es ist überaus erwünscht, zu erreichen, daß die deutsche Kolonie als Kolonie hinter dem Gesandten steht. Die Tätigkeit der Gesandten wird durch diese Dinge immer und immer wieder beeinträchtigt. (Widerpruch und Lärm links.) Wir haben Schwierigkeiten gehabt, die zureichende Menge von Bahkonjulen zu stellen, weil diese Männer sich scheuen haben, in diese schwierigen Verhältnisse zu treten. Die allergrößte Not besteht aber da, wo es überhaupt verboten ist, andere Flaggen zu hissen als die amtlich von einem Lande zugelassenen. Dort sind wir zu dem Bilde gekommen.

Daß deutsche Flaggen so gut wie überhaupt nicht mehr gezeigt werden.

(Wärmende Zurufe links.) Die Schwierigkeiten infolge der bisherigen Zustände sind so groß, daß ein nicht unerheblicher Teil des Personals der Gesandtschaften und Konsulate durch die Berichterstattung über diese Dinge beansprucht wird. (Hört, hört! links.) Aus allen Mitteilungen geht hervor, daß der deutsche Handel und die deutsche Wirtschaft unter diesen Zuständen im Auslande nennenswert leiden. (Zurufe links: Unerbört!)

In der Interpellation ist die Rede von der Flagge des Kaiserreichs. Die Flagge der Verordnung der Regierung steht

aber im Artikel 3 Absatz 2 der Reichsverfassung. Der gegenwärtige Zustand entspricht doch dem, was seinerzeit in der Nationalversammlung beschlossen ist. (Sehr mehr! rechts. Lärm links. Lebhaftige Zwischenrufe zwischen rechts und links.) Die Flagge, von der die Verordnung spricht, ist eine Flagge der geltenden deutschen Reichsverfassung. Wir haben das größte Interesse daran, daß draußen im Ausland eine Flagge gezeigt wird, die der Reichsverfassung entspricht. (Stürmische Rufe links: Schwarzrotgold!) So bedeutet ein solcher Kampf im Innern ist, draußen im Ausland ist jeder Deutsche mehr oder weniger ein Vertreter des Deutschtums überhaupt. Wenn wir es jetzt erreichen, daß in freilegendem Maße gerade die deutsche Handelsflagge der Reichsverfassung benützt wird, so erreichen wir, daß die Flagge der Verfassung im Ausland mehr. (Großer Lärm und Widerspruch links. Unter dem fortgesetzten Lärm der Linken gehen viele Worte des Reichstanzlers für den Hörer verloren. Ruf: Hamburg!) Auch wenn bei Ihnen die Meinung besteht, daß in verhältnismäßig kurzer Frist im Inlande die schwarzrotgoldene Flagge ganz allein oder ganz überwiegend erobert wird, auch wenn das richtig wäre, so ist doch zu bedenken, daß im Ausland dieser Vorgang sich nur mit unerbittlicher Langsamkeit vollziehen kann. (Lachen links.) Nun kommt der Einwand, wir würden zwei Flaggen haben. Aber sie stammen ja aus der Verfassung, und

der jetzige Zustand im Ausland scheint mir der ungünstigste zu sein, denn da kommen Schiffe mit der Handelsflagge, auf dem Konsulat weht aber eine andere Flagge, die deutsche Nationalflagge. (Lärm links und Zwischenrufe: England!)

In England gibt es keinen Flaggenstreit. Die jetzige Verordnung würde nach meiner Überzeugung auch den Beifall des Herrn Cbert gehabt haben. Im Ausland hat man sich um diese innere Angelegenheit Deutschlands sehr wenig bekümmert. Nur aus Frankreich ist mir die eine Stimme aufgefallen, daß es sich um das Wiedererwachen des deutschen Imperialismus handelt. Aber die Handelsflagge ist das stärkste Symbol des Friedens, aber Imperialismus ist mit Frieden nicht verbunden. Gerade die neue Flaggenverordnung ist ein Zeichen friedlichen und wirtschaftlichen Wieder-aufbaues. (Lachen links.)

Wir müssen draußen ein deutsches Symbol zeigen, das dem Deutschen im Ausland die Geschlossenheit gibt. Von einem Angriff auf die Reichsverfassung kann keine Rede sein.

Ich sehe mich nachdrücklich zur Wehr dagegen, daß man der Reichsregierung andere Motive unterstellt. Herr Dr. Breitscheid sprach von einer Praxis der Regierung, das Parlament mehr und mehr in den Hintergrund zu drängen und meinte z. B., von dem deutsch-russischen Handelsvertrag seien alle möglichen Instanzen vorher benachrichtigt worden, nur nicht der Reichstag. (Abg. Dr. Breitscheid: Ich habe gesagt, daß wir es aus allen möglichen Quellen erfahren haben. Lebhafter Widerspruch rechts. Ruf: Nein! Nein!) Ich muß namens der Regierung darauf bestehen, daß eine Benachrichtigung anderer Instanzen als der zuständigen Instanzen des Reichstags vorher nicht erfolgt ist. Sodann ist bemerkt worden, wir seien eine Ministerialregierung und hätten über den Flaggenstreit vorher mit dem Parlament in Verbindung treten sollen. Ich betone, daß seinerzeit, als die Flaggenverordnung von den Reichspräsidenten Cbert erlassen wurde, eine Verbindung mit den Parteien ebenfalls nicht erfolgt ist. (Hört! hört! rechts.) Es ist selbstverständlich das Bestreben der Regierung, in praktischer Weise mit den Parteien zusammenzuarbeiten.

Die große Schwierigkeit war hier die, daß das grundsätzliche Vertrauen zwischen den Regierungsparteien und ihren Mitgliedern im Kabinett versagt hat. (Hört! hört! rechts.)

Andernfalls wäre die Beunruhigung in der Bevölkerung nicht so groß gewesen. Auf diesen Zustand bezieht sich der Brief des Reichspräsidenten. Er tut das ernsteste Bestreben kund, das Volk zusammenzubringen. — Der Kanzler verliest hierauf den Brief des Reichspräsidenten unter Voranschauung der ausdrücklichen Festsetzung, er wolle damit betonen, daß die Regierung, die politische Verantwortung dafür übernimmt, andererseits aber auch bereit ist im Sinne dieses Briefes zu handeln. Dieser Brief des Herrn Reichspräsidenten... (Stürmische Rufe links: Des Reichsaußenministers!)

Die Regierung sieht auf Grund dieses Briefes zwei Aufgaben vor sich, die sie energisch anzupacken jetzt entschlossen ist. (Hört! hört! links.) Die erste ist: Die Verordnung ist in Kraft und bleibt in Kraft. (Stürmische Rufe links.)

Wegen der Durchführung hatte die Reichsregierung sich dahin entschlossen, daß die Durchführung der Verordnung auf der ganzen Erde überall gleichzeitig erfolgen solle. (Lärm und Lachen links.) Damit nicht irgendwelche Zweifel über die Durchführung entstehen, müssen alle Gesandtschaften und Konsulate ausdrücklich angewiesen werden. Darüber wird natürlich eine gewisse Zeit vergehen, bis an allen Punkten der Erde die Ausführungsanordnungen zur Verordnung eingetroffen sind.

Die zweite Aufgabe ist die Abmahnung einer Aktion zur Herbeiführung einer verständlichen Lösung in der Flaggenfrage im Sinne des Briefes des Herrn Reichspräsidenten.

Die Reichsregierung hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß es zweckmäßig sei, die Frage alsbald in Angriff zu nehmen und sofort und nachdrücklich zu fördern. Nun ist bei den Erörterungen über das praktische Vorgehen die Frage aufgeworfen worden: Wenn es gelang, schon in kurzer Zeit eine Einigung herbeizuführen, was dann aus der Flaggenverordnung vom 6. Mai werden sollte? Da ist es selbstverständlich, daß dann diese Verordnung durch die allgemeine Regelung absorbiert wäre. Die Reichsregierung will sich mit aller Kraft in den Dienst des Gebotens stellen, eine verständliche Lösung der Symbolfrage auch im Innern zu finden, und erbittet dazu die Unterstützung des Reichstags. Nun kommt noch ein anderer Punkt, die große Not, in der wir uns zurzeit in Deutschland befinden. Wir müssen unsere Kraft darauf richten, nach Möglichkeit wieder emporzukommen. Wir müssen alle Kräfte zusammenfassen, daß wir uns nicht in inneren Kämpfen zersplittern, sondern gemeinschaftlich arbeiten an der Entwidlung des Deutschtums draußen in der Welt und an dem wirklichen Aufbau unserer Volkstrait. (Beifall in der Mitte; großer Lärm links und Rufe: Niederlegen!) (Fortsetzung des Berichts in der 2. Beilage.)

Ruhrmark und Budapest Frank.

Windischgrätz enthüllt die Rolle des Papier-Schulze.

Budapest, 11. Mai. (M.B.) Zu Beginn der heutigen Verhandlung machte Angeklagter Prinz Windischgrätz die Mitteilung, zufällig sei ihm der Tod Arthur Schulze bekannt geworden. Deshalb habe er keine Ursache, das Geheimnis über die Papierbeschaffung auch weiterhin zu bewahren. Windischgrätz erklärte: Das Papier hat Arthur Schulze alias Richard Werner als Vertrauensmann des Verbandes deutscher Papierfabriken beschafft. Es handelt sich um sogenanntes 2c-Material. Eine mikroskopische Untersuchung wird ergeben, daß das 2c-Papier mit dem Papier der im Budapest Karographischen Institut hergestellten Tausendfranknoten und der von den Franzosen im Ruhrgebiet in sehr großen Mengen hergestellten falschen 5-Fr.- und 10-Fr.-Banknoten identisch ist. Schulze mußte (?) seinerzeit in Dulsburg den Franzosen bei ihren Fälschungen zwei Wochen lang beistehen. Daher konnte er das Papiermaterial gründlich. Ich habe Schulze im Ruhrgebiet kennengelernt und bin dort mit ihm in Verbindung getreten. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob seine Idee also von dort stamme, verneigte Windischgrätz die Auskunft. Er

Proteststurm gegen Luthers Flaggenstandal.

Rundgebungen des Reichsbanners. — Protest der regierungstreuen Beamten.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hält vom 13. bis 15. Mai 1926 in Magdeburg seine konstituierende Bundesgeneralversammlung ab. Am Vorabend der Generalversammlung wird in Magdeburg unter Beteiligung sämtlicher Kameradschaften aus der Provinz Sachsen eine Kundgebung gegen die Flaggenverordnung der Reichsregierung und anschließend ein großer Aufmarsch durch die Straßen Magdeburgs stattfinden. Die Generalversammlung wird ein umfangreiches Arbeitsprogramm vorfinden. Zunächst soll der Bundesvorstand, der bis jetzt lediglich im Rahmen einer örtlichen Magdeburger Institution existierte, vom Reichsausschuß und von den Delegierten der Reichsbannerorgane gewählt werden. Außerdem steht die Verlegung der Zentrale nach der Reichshauptstadt zur Diskussion. Eine „Reichsbanner-Presszentrale“ für die Berichterstattung aller des Reichsbanner interessierender Nachrichten und Prozeßberichte, eine Reichszentrale der „technischen Leitung“, die Errichtung von Reichsbanner-Büchereien stehen weiter auf der Tagesordnung mit Problemen politischer Art, wie die „Flaggenverordnung“, die Stellung des Reichsbanners zu den Kriegerbünden und den Vaterländischen Verbänden, die Hindenburg-Empfänge und das „Reichschrenkel“.

Der Sturm der Empörung, den der schmähliche schwarzweirte Kuhhandel der Luther-Regierung in den breitesten Massen des republikanischen Deutschland ausgelöst hat, rief gestern den schwarzrotgoldenen Besten zum Protest auf dem Wittenbergplatz zusammen. Unter klingendem Spiel waren die Abteilungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aufmarschiert, von unabsehbaren Scharen republikanischer Männer und Frauen begleitet. Der Zug war dichtgefüllt, als Reichstagsabgeordneter Genosse Schöpflin, von stürmischen Jubel begrüßt, als erster das Wort an die Massen richtete. Luthers Erlass ist eine Kampfansage gegen die Republik, die nicht verjöhnd, sondern unentrüstet verhöhnd auf das deutsche Volk wirkt. (Bravo!) Man hat sich bei dieser monarchistischen Intrigue auf die Auslandsdeutschen berufen. Diejenigen Auslandsdeutschen jedoch, die um der Flaggenbifferenz willen ihr Volk verleugnen, sind vaterlandslose Gesellen erbärmlichster Art. (Stürmischer Beifall.) Weg mit dem Autokraten Luther, der dem republikanischen Deutschland derartiges zu bieten wagt. Der Reichstanzler, dieser Generalanzeiger (Zuruf: Ein sehr schlecht redigierter!), der innerlich deutschnational ist, und nach außen den „Neutralen“ mimt, soll sehen, daß er samt Streifenmann auf Granit beißt. Hier gibt es kein Kompromiß und keine Verhöhnungsphrasen. Die schwarzweirte Provokation ist zugleich eine Attacke gegen den Volksentscheid (Rufe: Kriegt Luther Provision?). Mit einem donnernden Hoch auf die Republik schloß Schöpflin seine Ausführungen. Kamerad Zimmermann von den Wittenberg-Bünden betonte die unentwegte Treue seiner Freunde zu Schwarzrotgold. „Hinweg mit dieser Regierung, rufen wir Jungen des Zentrums in zwölfter Stunde!“ (Bravorufe.) Luthers Vorgehen ist Propaganda für den Volksentscheid! Zum Schluß sprach der Demokrat Erdmannsdörffer, der ein warmes Bekenntnis zu Schwarzrotgold ablegte. Mit einem dreifachen „Frei Heil“ auf die deutsche Republik und ihre Ehre ging die mächtige Kundgebung zu Ende.

Auf dem Arnswalder Platz versammelten sich gestern abend die Kameradschaften Prenzlaue Berg, Mitte, Lichtenberg, Weiskensee und Friedrichshain, um am Vorabend der Abstimmung im Reichstags noch einmal Protest gegen die Flaggenverordnung zu erheben. Dichtgedrängt standen die Massen — ungefähr 6000 — bis in die Straßen des Platzes. Als erster Redner sprach von der Zentrumspartei Dr. Grundel: Das politische Tun der Reichsregierung steht im Widerspruch zu dem Willen der breiten Massen des Volkes. Die Zentrumswähler sind nicht einverstanden mit der Verordnung der Reichsregierung. Sie wünschen, daß die Minister des Zentrums aus einer Regierung austreten, in der sie doch nichts zu sagen haben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Zentrumswähler haben gestern in eindeutiger Kundgebung die politischen Grundzüge klargestellt, nach denen unsere Vertreter in den

erklärte lediglich: Ich habe im Ruhrgebiet gesehen, wie die Franzosen Neger und Wilde auf die städtische Bevölkerung losgelassen und was die Sieger dort getrieben haben. Sie haben es sehr geschickt gemacht und man konnte dort sehr viel lernen.

Die heilige Pflicht der Solidarität.

Amsterdam und Zürich für die englischen Arbeiter.

Der Internationale Gewerkschaftsbund sollte am Dienstag zu dem englischen Generalstreik folgende Entschlieung:

„Der am 10. und 11. Mai in Amsterdam tagende Vorstand des IGB. bringt dem englischen Proletariat seine brüderlichen Gefühle der Solidarität zum Ausdruck und nimmt mit Befriedigung von den eingeleiteten moralischen und finanziellen Unterstützungsaaktionen der angeschlossenen Landeszentralen Kenntnis. In dieser ersten Stunde müssen die britischen Arbeiter der internationalen Solidarität gemiß sein. Die englische Arbeiterklasse hat

das Recht auf solidarischen Beistand

der Arbeiter aller Länder. Es ist heilige Pflicht aller Mitglieder der Landeszentralen des IGB., den Streikenden Solidarität zu gewähren.

Die Leiden der britischen Pioniere und ihrer Familien können durch die energische Unterstützung der ganzen organisierten internationalen Arbeiterklasse gemildert und gelindert werden. Der im Interesse der Sache der internationalen Arbeiterklasse nötige Sieg des englischen Proletariats soll durch

Einführung aller Hilfsmittel

der organisierten Arbeiterklasse der verschiedenen Länder gesichert werden.

Der Vorstand des IGB. hat die feste Überzeugung, daß die organisierten Arbeiter der Parole ihrer Organisationen überall Folge leisten und ihren englischen Kameraden die weitestgehende finanzielle und moralische Hilfe leisten werden. Arbeiter aller Länder, die Sache der englischen Arbeiter ist eure! Eure Klassen-solidarität muß dem mutigen und unentwegten Kampf der britischen Arbeiter gegen die vereinigten Kräfte der Unterdrückung und der Reaktion zum Siege verhelfen!

Anschließend an die Tagung des IGB. fand eine gemeinschaftliche Sitzung der Vorstände des IGB. und der Sozialistischen Arbeiterinternationale statt. Anwesend waren für den IGB. Jouhaux, Mettens, Leplat und die Sekretäre Duden, Sassenbach und Brown für die Sozialistische Internationale Otto Weis-Deutschland, Otto Bauer-Österreich, Gerard-Frankreich, Abramowitsch-Rußland, Diegenholland und der Sekretär Friedrich Adler. In dreißündiger Verhandlung wurde die Lage in England und deren Rückwirkungen auf den Kontinent einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Im Sinne

Parlamenten arbeiten sollen. Schwarzweirrot ist Partei-fahne geworden, ist die Fahne der Fememörder. Wir haben die Geduld verloren, jetzt wollen wir die Frage klären. Wir wollen, daß nicht nur im Lande unsere Reichsflaggen gehißt werden. Auch draußen auf dem Meere muß die Reichsflagge wehen. (Begeisterte Zustimmung, und Rufe: Bleibt fest!)

Dr. Grebler sprach als Vertreter der Demokraten: Der soziale Geist im Volkstaat ist unser Erfolg von 1918 gewesen. Man beginnt ihn abzubauen. Wir müssen uns mit aller Kraft dagegen wehren. Es wird gedroht, daß wenn die Verordnung nicht anerkannt wird, werden die Auslandsvertretungen überhaupt nicht mehr helfen. Heraus mit dem undeutschen Geindel aus den Auslandsvertretungen.

Als Genosse Reichstagsabgeordneter Stellung die Worte Luthers „Wir lassen nicht an der Verordnung rütteln“ mitteilte, kam in die Massen eine ungeheure Erregung. Unausföhrlich erschollen die Rufe: Heraus mit ihm aus der Regierung! Mit kurzen Schlussworten unter lebhaften Bravorufen reichte Stellung mit den Begründern der Flaggenverordnung ab. Reicher Beifall erschall als Genosse Stellung ein neues Banner der Kameradschaft Arnswalder Platz weihte mit dem Treueschwur: Für Einigkeit und Recht und Freiheit.

Zu einer wichtigen Demonstration gegen die Flaggenverordnung der Regierung gestaltete sich die Kundgebung, die das Spandauer Reichsbanner gestern abend veranstaltete. Mit klingendem Spiel zog es durch die Straßen und rief die republikanische Bevölkerung zum Protest auf. In Seih Festföhlen, wo der Umzug endete, sprach als erster Redner Rektor Galle vom Zentrum. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist für uns ein dreifaches Symbol: des Sinnbild der Volksgemeinschaft, des Großdeutschtums und des Friedens. Es ist Zug und Trug, daß das Deutschtum im Ausland die Flagge Schwarz-Rot-Gold nicht haben will. Meine Partei steht fest und treu zu diesem Banner. Für die demokratische Partei sprach der Bezirksverordnete Dr. Theodor Hirschfeld. Er führte aus, daß mit der Verordnung dem deutschen Volke kein Dienst erwiesen worden sei. Es war ein Schlag ins Gesicht der republikanischen Bevölkerung. Wir werden uns diesen Vorstoß nicht gefallen lassen. Ein Kompromiß darf nicht geschlossen werden. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hat sich die Herzen erobert und wir lassen keine Handbreit von diesem Banner streichen. Wir wünschen, daß dieses Kabinett in der Verfassung verschwinde. Die Demokraten erwarten von ihrer Reichstagsfraktion, daß sie das Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten unterstützt. Von unserer Partei sprach Reichstagsabgeordneter Genosse Nomad. Wir müssen fragen: Wie kommt der Reichspräsident dazu, die Verordnung zu erlassen? Und wie kommt der Reichstanzler dazu, diese Verordnung gegenzuzeichnen? Es wird behauptet, daß es für das Ansehen Deutschlands notwendig gewesen sei. Das ist Zug und Trug. Es ist unter dem Druck der Rechtsparteien gelassen, denen sich Luther ganz verschrieben hat. Jetzt versucht man, durch ein Kompromiß die Angelegenheit aus der Welt zu schaffen; aber für uns gibt es kein Kompromiß. Wir sind bereit, für die Republik zu kämpfen und wir sind davon überzeugt, daß wir siegen werden. Mit einer Ansprache unseres Kreisvorsitzenden schloß die mächtige Kundgebung.

Protest des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes.

Der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes veröffentlicht folgende Erklärung:

„Getreu seinen stets abgegebenen programmatischen Erklärungen, Republik und Verfassung gegen alle Angriffe, gleichviel von welcher Seite sie auch immer kommen würden, schützen zu wollen, erhebt der erweiterte Vorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes Protest gegen die erlassene und inswischen ausgeführte Flaggenverordnung. Auch jeder künftige Verlust, die durch die Weimarer Verfassung festgelegten Reichsfarben zu beseitigen und in ihrer Geltung zu behrängen, wird den ADB zum entschiedenen Gegner haben. Die schwarzrotgoldene Flagge ist allen aufrechten Republikanern das Symbol der staatlichen Einheit des deutschen Volkes und seiner freiheitlichen Entwicklung.“

des Telegramms des Sekretariats wurde einmütig festgestellt, daß der gesamte Kampf der englischen Arbeiter

als gewerkschaftliche Aktion

geführt wird und sich daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder den Unterstützungsmassnahmen der Landeszentrale anschließen und sie nach Kräften unterstützen werden. Besonderes Augenmerk soll dem Informationsdienst zugewendet werden. Eine Moskauer Depesche über die „Einheitsfront“ wurde abgelehnt.

Die Wanderungskonferenz, die acht Tage vor Pfingsten in London beginnen sollte, wurde auf den 22. Juni verlegt.

Wie weiter verläuft, werden sich die Sekretäre Brown und Dudgeon morgen zu Besprechungen mit dem englischen Gewerkschaftskongress nach London begeben.

Verhandlungen in London.

V. Sch. London, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Es wird verhandelt — zwar nicht offiziell, aber eifrig und mit dem Ziel, zu einer schnellen Lösung zu gelangen. Weder die Regierung noch das Streikkomitee wissen offiziell davon, aber beide sind darüber unterrichtet und offensichtlich damit einverstanden.

Diese Besprechungen, größtenteils im Unterhaus, werden von Sir Herbert Samuel, einem allgemein sehr angesehenen Liberalen, bis vor kurzem Generalgouverneur von Palästina und jetzt Vorsitzender der Kohlenkommission, geleitet. Sie bezwecken die Erreichung einer Formel, durch die der Bericht der Kohlenkommission so ausgelegt werden kann, daß keine Bohnerabsetzung im Kohlenbergbau erfolgt, vielleiht durch eine vorläufige Weiterzahlung der Staatszuschüsse, gegen die der Bericht sich zunächst ausgesprochen hatte. Ist diese Formel gefunden, um die sich besonders Macdonald bemüht, dann hätten die Gewerkschaften ihr eigentliches Kampfziel erreicht und könnten den Streik stoppen. Danach würde Baldwin die Möglichkeit haben, ohne sich selbst zu desavouieren, offizielle Verhandlungen wieder aufzunehmen und zwar auf Grund von Ergebnissen, die bereits unter der Hand erzielt sein würden.

Dies ist die Lösungsmöglichkeit.

von der in unterrichteten Kreisen allenthalben die Rede ist und die sogar mit starkem Optimismus besprochen wird. Die moralische Stellung der Regierung ist insofern erschüttert, als kein Mensch den Churchillschen Bluff von „politischen Unsturzvorwürfen“ ernst nimmt. Die „Times“ hat heute früh dieser plumpen Legende den Todesstoß verleiht, indem sie in ihrem Leitartikel schreibt: „Kein Mensch glaubt auch nur einen Augenblick daran, daß eine bedeutende Anzahl von Streikenden durch revolutionäre Beweggründe geteilt wird.“

Berlins Eierhäfen.

Der Eiweißgehalt der Eier wird meist überschätzt. Erst dreißig Eier sind, wenn man nur die eiweißhaltenden Körper berücksichtigt, einem Pfund Rindfleisch gleichzusetzen. Dafür ist das Ei aber ein allumfassendes Nahrungsmittel. Da aus ihm ein neuer Organismus entsteht, enthält es alle Stoffe — ähnlich der Milch —, die zum Aufbau eines solchen Organismus nötig sind. Daneben ist das Ei schmackhaft, sättigend und läßt sich leicht zu den verschiedensten Gerichten zubereiten. Diese Vorzüge haben es wohl zu dem gemacht, was es seit Jahrtausenden ist: zu einem beliebten und geschätzten Nahrungsmittel bei allen Völkern. Leider genügen die Eier, die von deutschen Hennen gelegt werden, nicht, um die große Nachfrage, die in Deutschland nach Eiern besteht, decken zu können. Aus diesem Grunde müssen große Mengen dieses wichtigen Nahrungsmittels aus Ländern, die einen Ueberschuß von Eiern erzeugen, eingeführt werden. Hauptimportländer für Deutschland sind Rußland, Dänemark, Italien, Rumänien und Holland. Als Hauptumschlagplatz für ausländische Eier, auf die die Bevölkerung Berlins zum größten Teil angewiesen ist, gilt der Osthafen. Die gesamte Eiereinfuhr und der Eiergroßhandel haben sich im Laufe der letzten Jahre hier konzentriert, so daß es wirklich nicht zuviel gesagt ist, wenn man ihn als Berlins Eierhäfen bezeichnet.

„Frische Eier, gute Eier!“

sagt der Volksmund und hat damit vollkommen recht. Je älter das Ei ist, desto mehr verliert es an Qualität. Wenn das Ei Wochen alt ist, schrumpft der Eihalt zusammen, der Geschmack verringert sich, Eiweiß und Eigelb verlieren in der Farbe. Leider läßt es sich bei den ausländischen Eiern nicht vermeiden, daß diese die Qualitäten vermindern, die zum größten Teil in der Zeit liegen, ganz ausgeschaltet werden. Auch das ausländische Ei manchmal einen sehr langen Weg zurücklegen, bis es an den Konsumenten gelangt. Diesen Faktor weiß auch die Bevölkerung Berlins richtig einzuschätzen. Sie bevorzugt die „Bandeier“ oder auch die „frischen Teufel“. Ob aber all die Bandeier, die in Berlin angeboten werden, aus der Umgegend Berlins kommen, läßt sich nur schwer feststellen. Und gar manche Hausfrau, die vielleicht „frische Bandeier“ erstanden hat, wird schließlich auch nur ausländische, sogenannte dänische, russische oder holländische oder auch Risseneier genannt, vor sich haben. Denn letzten Endes ist das Eiergeschäft immer nur ein Geschäft auf Treu und Glauben. Da in einem Waggon 100 bis 130 Kisten Eier hineingehen, in jeder Kiste ungefähr 1400 Eier enthalten sind, der Inhalt eines Waggons also auf mindestens 140 000 Eier zu beziffern ist, vergeht in den Eieraushändlern immer eine geraume Zeit, bis die zum Transport nötige Summe gesammelt ist. Der russische Kleinbauer — aus Rußland werden zurzeit die meisten Eier bei uns eingeführt — bringt seine überschüssige Ware zum kleinen Händler, der sich auf dem Dorfe befindet. Von da aus gehen die Eier zu den Großhändlern nach den Städten und von da weiter per Achse nach Weiden oder Königsberg, wo die Hauptumschlagplätze für die russischen Eier sind. Ein anderer Teil geht auch auf dem Wasserweg bis Stettin und wird von dort mit der Eisenbahn weitertransportiert. Im allgemeinen liebt man es nicht, die Eier per Schiff zu befördern, weil durch den

länger dauernden Schiffstransport die Qualität der Eier benachteiligt wird.

4 bis 5 Millionen Eier täglich.

Sieht man sich einmal die Statistik der Einfuhrzahlen auf dem Osthafen an, so erkennt man, daß die Mengen, die hier monatlich einzutreffen pflegen, recht beträchtlich sind. Im Juli 1925 liefen 99, im August 125, im September 213, im Oktober 252 Waggon ein. Die Zahlen für das neue Jahr sind im Monat Januar 133, Februar 80, März 114 Waggon. Da sich durch den kalten Winter die Lagerperiode der Hühner in diesem Jahre verspätet hat, sind die Zufuhren augenblicklich sehr knapp. Ende April und Mai waren sonst immer



Auf der Eierbörse.

hochbetriebsmonate für den Eierhandel. Gab es in dieser Zeit doch oft Tage, an denen 20 Waggon oder, anders ausgedrückt, 4 bis 5 Millionen Eier eintrafen. Die Knappheit in der Zukunft, hervorgerufen durch die verspätete Legezeit, macht sich auch in den rieligen Aufbewahrungsräumen für Eier bemerkbar. Sie sind leer. Nicht eine Kiste erblickt man, wenn man hindurchschreitet. Die Eier gelangen nämlich bei der starken Nachfrage gar nicht mehr in die Magazine, sondern werden von den Großhändlern direkt vom Waggon abgeholt.

Totengräber und Entdampfungsmaschinen.

Natürlich wird kein Waggon abgenommen, bevor seine Ladung nicht sorgfältig geprüft ist. Den Kisten, in denen die Eier mit Holz- wolle verpackt sind, werden Proben entnommen und mit eigens dazu angefertigten elektrischen Lampen durchleuchtet. Schwimmern die Eier rosig, ist die Ware gut. Erscheinen sie bei der Durchleuchtung jedoch grau oder zeigt sich darin ein schwarzer Kern, so hat man es mit minderwertiger oder sogar verdorbener Ware zu tun. Die An-



Entdampfungs- und Durchleuchtungsanlage.

nahme des Waggons wird in diesem Falle verweigert. Doch würde man festgehen, wenn man annimmt, daß nun eine solche Ladung dem menschlichen Genuß entzogen würde. Im Gegenteil! Es gibt Leute, die nur auf solche Situationen lauern, zurückgewiesene Ladungen erstehen zu können. Im Eierhafen werden diese Leute die Totengräber genannt. Die Totengräber, eine gewisse Junst von Händlern, versteht auch diese Ware noch an den Mann zu bringen. Etwas anderes ist es mit der Entdampfungsanlage. Durch Temperaturveränderungen, denen die Eierladungen auf dem Transport ausgesetzt sind, kommt es vor, daß die Holz- wolle, in der die Eier verpackt sind, an zu „schwimmen“ fängt. Dadurch entsteht ein dumpfer Geruch, der die Eier in ihrer Qualität beeinträchtigt. Um diesen Geruch wieder zu beheben — die Eier können trotzdem gut und frisch sein — hat man die Entdampfungs- und Durchleuchtungs- anlage konstruiert, in die gleichzeitig 5 Kisten Eier hineingeschoben werden können. Durch Hochspannungsströme, die durch die Kisten geleitet werden und dabei Ozon erzeugen, wird der schlechte Geruch beseitigt. Durch das Ozonisierungsverfahren werden die Eier geruchlos wieder einwandfrei.

Es wäre natürlich besser, wenn solche Maschinen nicht nötig wären, die Eier nicht den weiten Weg zurücklegen müßten, sondern sofort aus erster Hand, frisch, wie sie von der Henne kämen, bezogen werden könnten. Aber bei der heutigen Lage der Dinge ist die Eier- versorgung kaum anders denkbar. Durch Verbesserung von Trans- portmitteln, Konservierungsmitteln und durch Errichtung von Siedelungen, in denen sich jeder ein paar Hühner für seinen Bedarf halten könnte, ließe sich natürlich auch in der Frage der Versorgung mit frischen Eiern in der Zukunft viel erreichen.

Wachtung, Freidenker! Parteigenossinnen und Genossen, die Mit- glieder des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung in den Be- zirken Kreuzberg und Lichtenberg sind, werden erlucht, die in dem heutigen Inzeratenteil angeforderten Mitglieder- versammlungen zu besuchen. Es finden dort die Reumahlen der Bezirksleitungen statt. Aus jeder keine Vereinstypist!

Jamile unter den Zedern.

82) Von Henri Bordeaux.
(Berechtigter Uebersetzung von J. Kunde.)
Das Familiengericht.

Von unserer Rückkehr mit der Gefangenen benachrichtigt, erklärte das Oberhaupt der Familie, der Scheik Kaschid- el- hame, daß er seine Tochter nur in Gegenwart des Gerichts, das er sofort zusammenberufen werde, wiedersehen wolle. Er erinnerte sich Abrahams und Isaaks, Jephthas und seiner Tochter, die als Sühneopfer dargebracht wurde. Er fühlte sich als einer jener Erzväter, für die man auf der Schule in Antura Verehrung eingefloßt hatte. Er war sich der Wichtig- keit seiner Rolle bewußt und wollte ihr die Kraft verleihen, wenn sie auch seinen Schmerz nicht verringern konnte. Er schickte Boten weg, welche die beiden Greise, Kametallah Kazi und Regib Daoud, seine Onkel eiligt herbeiriefen. Die Rechtslichkeit und Klugheit dieser beiden war allgemein anerkannt und verbürgte ein unparteiliches und unanfechtbares Urteil. Als Vertreter der kirchlichen Autorität wurde auch der Priester von Besherre entboten.

Seit unserer Ankunft war keine Stunde vergangen, und bereits waren die Richter zur Sitzung versammelt. Butros und ich mußten unter ihnen Platz nehmen. Sollte ich es ab- lehnen, wie es meine Pflicht war, da meine Braut mir ihr Wort vor der Flucht zurückgegeben hatte? Aber wenn ich nicht zugegen war, wer würde ihre Verteidigung übernehmen und sie retten? Ohne ein Wort des Protestes nahm ich meinen Platz ein und betrachtete diese undurchdringlichen Ge- sichter; ich hoffte, auf den Zügen des einen oder anderen eine Spur des Mitleids zu entdecken, wenn soviel Jugend, Schön- heit und Liebe vor ihnen erschien.

Leber dem Gebirgsstamm des Libanon kündigte sich mit grünlichem Schimmer der Morgen an. Er versprach einen schönen, strahlenden Tag. Wird es Jamiles letzter Tag sein? Gewiß, ich hatte schon einmal mit Entsetzen der Verhandlung eines solchen Familienrates beigewohnt; damals, wie er nach der Entführung des jungen Mädchens zusammenberufen wurde. Aber diese Tagung gewann durch die Gegenwart der Angeklagten eine Heftigkeit, die noch fürchtbarer war. Ihr Schicksal sollte in ihrem Beisein entschieden und das Ur- teil sogleich vollstreckt werden. Waren die Richter verstimmt, daß sie zu solchem Tagewerk geweckt worden waren, oder lastete die Verantwortung so schwer auf ihnen? Ein dumpfes

Schweigen herrschte. Wie eine Kluft lag es zwischen allen. Jeder Richter befand sich unter dem Bann seiner eigenen Gedanken.

Wir saßen nebeneinander im Salon auf dem großen Diwan, der Scheik in der Mitte; auf seinen Wink führte Elias Jamile herein. Sie trat verschleiert ein.

„Nimm den Schleier ab,“ befahl der Vater, „du bist hier nicht mehr unter den Muselmanen.“

Er sprach zu ihr wie zu einer Fremden; nicht in seiner Eigenschaft als Vater, sondern als Priester. Würde er im nächsten Augenblick sein eigen Fleisch und Blut herzlos ver- urteilen?

Jamile gehorchte nicht und blieb unseren Augen ver- borgen. Darin lag etwas wie eine Herausforderung. Sie bezugte damit, daß sie uns nicht anerkenne und sich einem andern Befehl unterordne, jenem, welches den Frauen nur gestattet, vor dem eigenen Gatten, sonst vor keinem Mann unverschleiert zu erscheinen. Erst als ein Diener auf sie zu- trat, um die Hülle wegzureißen, entschloß sie sich, um die Be- rührung zu vermeiden, ihr Gesicht zu zeigen. Die anderen Richter sahen nicht wie ich das von diesem Anstich ausgehende Leuchten; die Liebe hatte ihm ihr Zeichen ausgedrückt; sie forderte, daß es ihr verbleibe.

Mit majestätischer Würde, ja mit Emphase eröffnete der Scheik die Verhandlung, als wenn es sich um eine Fremde handelte. Er zählte zunächst alle Vorfälle und die Vergehen auf, die man der Angeklagten zur Last legte: Das Eintreffen der zwei Weis aus Akka, welche vorgaben, Pferde verkaufen zu wollen; ihre nächtliche Flucht, die in Gesellschaft des ein- willigenden jungen Mädchens unternommen, das Vertrauen des Gastgebers getäuscht hatte. Jamile legte durch eine Geste dagegen Verwahrung ein; ich deutete diese Geste so. „Hat euch Omar die Mitgift nicht gezahlt und nahm ihr sie nicht an; er ließ euch sogar die Fuchstute von unschätzbarem Werte, und ihr habt sie benützt, um mich nach Besherre zurückzu- bringen.“ Aber sie beherrschte sich und verharrte in Schweigen. Der Vater fuhr in seinem Bericht fort. Er er- innerte an unsere Verfolgung bis Chrar, wo wir, Butros und ich, Zeugen gewesen seien von der schändlichen mohammeda- nischen Ehegeschlebung, wo wir die weißgekleidete, verschleierte, von jungen Mädchen und Muffel begleitete Gattin unter Pompensaltung sich zu Pferde nach dem Hause des Gatten begeben sahen. Feierlich und öffentlich hatte sie an diesem Tage ihren Glauben abgeschworen, um sich einem neuen Ge- setz und einer neuen Religion zu unterwerfen. Hierauf wandte

sich der Präsident des Familiengerichts, nachdem er seine Darlegung beendet, an die Gefangene und fragte:

„Ist das wahr? Antworte!“

Sie verstand sich zu keiner Erwiderung. Begnügte sich mit einer bestätigenden Kopfbewegung. Der Scheik fuhr fort:

„Da du gestehst, gib Erklärungen ab; rechtfertige dich, wenn du es noch kannst; verteidige dich!“

Was er sagte, klang wie eine Beschuldigung. Stieg die Menschlichkeit über die Härte des Richters? Wie er keine Antwort erhielt, nahm seine Aufforderung eine noch un- mittelbarere Form an:

„Deine Mutter ist vor Schande und Weh gestorben. Du hast uns entehrt; kein maronitisches Mädchen aus unseren Bergen, aus dem ganzen heiligen Tale des Kaschba hat sich einem Ungläubigen hingegeben. Das blieb nur meiner Tochter vorbehalten. Sprich doch, Jamile, aber so sprich doch...“

Der Unglückliche zwang sich, wie wenn er kein Mensch mehr wäre, zu der selbst übernommenen Aufgabe des Rächers. Er stoterte, erstarrte, löschte alles aus, was ihm von Väterlich- keit im Herzen verblieben war. Aber kein Drängen und noch mehr der Klang seiner Stimme verriet, welch schmerzlicher Kampf in ihm tobte, ungeachtet des unheilverkündenden Ge- dahrens, zu dem ihn sein Amt als Richter der Familie zwang. Jamile aber biß sich die Lippen blutig, um keinem Worte zu gestatten, über die geschlossene Pforte zu dringen. Ich sah deutlich Tränen in ihren Augen, wie die Mutter genannt wurde; aber diese Tränen flossen nicht; die Leidenschaft trocknete und verzehrte sie, bevor sie rannen. Ihre Jüge ver- härtesten sich in verzweifelnem Troß. Dieses sechzehnjährige Kind wollte keine Schwäche zeigen. Sie fühlte wohl, daß sie schwach werden würde, wenn sie nur den Mund öffnete, und daß sie, sie war doch ein Weib, in Tränen und Jammer aus- brechen müßte. Mit einem Eigensinn, dessen Kraft heroisch war, setzte sie Widerstand entgegen. Man konnte sie ver- nichten, aber nichts von ihr erzwingen. Und nun standen sich die beiden herausfordernd einander gegenüber, unbeweglich und stumm! Welch ein Zweikampf zwischen Vater und Tochter. Ich verfolgte die Phasen, und der Schweiß perlte mir auf der Stirn. Sollte ich mich nicht einmischen? Butros gab mir Veranlassung. Er war für rasche, einfache und brutale Entscheidung, wenn die Umstände Grausamkeit er- forderten.

(Fortsetzung folgt.)

Um die Zukunft.

Zu den Elternbeiträgen.

Die Wahlen der Elternbeiräte für die Schulen stehen vor der Tür. Es ist dringend erforderlich, daß alle Familien, in denen es schulpflichtige Kinder gibt, ihnen das Interesse entgegenbringen, das sie verdienen. Bürgerliche, besonders aber religiös und ganz rechts eingestellte Kreise sind sich längst über die Bedeutung dieser Wahlen klar und haben Nutzen daraus gezogen, so daß oft kleine Gesinnungsgruppen einen Einfluß auf das Schulleben gewonnen, der ihnen zahlenmäßig gewiß nicht zuzumutet. Darum ist es nötig, daß diesmal alle sozialistischen Eltern geschlossen antreten, um eine möglichst große Zahl ihrer Vertreter in die Elternbeiräte zu bringen. Denn es geht um das Beste, was Eltern haben können: um die Kinder und ihre Erziehung zum Menschen, um die Zukunft.

Als im November 1919 der damalige Kultusminister Haenisch die Bestimmungen für die Elternbeiräte erließ, galt ihm das eine: Umgestaltung der Schule zu einer Erziehungsgemeinschaft, die Hand in Hand mit dem Elternhause arbeiten würde. Wir hatten nur allzulange gesehen, daß Erziehung und Schule durchaus nicht immer gleichgestimmte Begriffe waren, ja, daß sie oft in recht höchlichem Mißklang zueinander standen. Es war das durchaus nicht immer schuldlos. Die Schule, wenn sie bisweilen auch bewußt eine Kontraststellung zum Elternhause einnahm. Vor allem aber fehlte die Führungsnahme dieser beiden Kreise, die das Leben des Kindes umschließen, und der aufwachende Mensch pendelte oft zwischen zwei Welten hin und her, die nur zu häufig nichts voneinander wußten, die jede eine andere Lebensanschauung, eine andere Einstellung zum Dasein in ihm großzogen, und die damit sein bestes ersticken: seine eigene Seele. Ohne die übertriebene Betonung kindlicher Individualität, die gerade hysterische Eltern in Bürgerkreisen oft sehr lieben, begreift heute jeder Erzieher, daß er den Beruf eines Lehrers, nicht den eines kommandobeherrschenden preussischen Unteroffiziers hat; er weiß, daß alles, was das Kind umgibt, sich ihm zusammenschließt zu dem einen Begriff Welt, und daß diese Welt ihm tot oder lebendig ist, je nachdem es sie empfinden lernt. Aber nur in der lebendigen Welt kann Produktives geleistet werden; die tote muß unfruchtbar bleiben. So stellt der wahre Erzieher das Kind in das lebendige Dasein, in dem organisch die Dinge ineinander greifen, „eins in dem anderen wirkt und lebt“. Das Kind fühlt sich hier nie als Sache, sondern eben als lebendiger Teil. Gestraft wird es nicht durch Prügel, erzogen nicht durch „Du sollst“ und „Du mußt“. Das Kind, das frühzeitig selbständig denken lernt, fühlt für seine Taten eigene Verantwortung und ist der Belehrung weit zugänglicher, als der Strafe. Ein solches Kind werden vernünftige Eltern der Schule übergeben. Kann es ihnen da gleichgültig sein, was acht Jahre Schularbeit daraus machen? Durch Eintritt in die Elternbeiräte ist ihnen die Möglichkeit gegeben, auch in der Schule ihren Einfluß geltend zu machen. Zwar steht der Elternbeitrag dem Lehrerkollegium nur beratend zur Seite. Aber er vermag es stärker zu beeinflussen, als ein Fernstehender vielleicht glaubt. Bei der Beschaffung von Schulbüchern, bei der Betonung von bestimmten Unterrichtstendenzen kann es durch Zustimmung oder Einspruch fördernd oder hemmend wirken, und wer die augenblickliche Zusammensetzung der Lehrerschaft kennt, wird erkennen, was das gegenwärtig bedeutet. Darum werden die Eltern, die nicht wollen, daß man ihre Kinder in Vespätern und Geschichtsunterricht mit nationalsozialistisch-friedegewaltiger Propaganda füttert, die nicht wollen, daß man aus ihren Kindern feindselige Maschinen macht, die fortschrittlich gesonnen Lehrer diesmal geschlossen unterstützen und ihnen durch die neu gewählten Elternbeiräte einen starken Rückhalt gegen ihre reaktionären Kollegen geben.

Der Lüchow-Prozess.

Der Hauptbelastungszeuge.

Die Aussage des ehemaligen Lüchowschen Höfungs Weis wurde von allen Prozeßbeteiligten mit größter Spannung erwartet. Sie war jedoch von vornherein schwer belastet durch die Vereidigung des Zeugen beim Untersuchungsrichter. So wurde er mit Recht ermahnt, in seinen Ausführungen vorsichtig zu sein, da ein Abrücken von den früheren unter Umständen eine strafbare Handlung bedeuten würde. Dies Gebundensein des Zeugen durch die Vernehmung beim Untersuchungsrichter mußte aber von den Prozeßbeteiligten als äußerst hinderlich für die Wahrheitsfindung empfunden werden.

Der 22jährige Weis blieb bei seiner Behauptung: Lüchow habe an ihm in Verta im Alter von 16 Jahren grobe und züchtliche Handlungen, die für einen Lehrer unbedingt strafbar sein mußten, vorgenommen. Mit der Aussage dieses Zeugen fällt und steht aber in der Hauptsache die Anklage; in ihrem Lichte erscheinen verschiedene andere Handlungen Lüchows in anderer Beleuchtung. So waren die Bemühungen der Prozeßbeteiligten, die Glaubwürdigkeit dieser Aussage nach allen Richtungen hin zu prüfen, wohlverständlich. Es kann aber nicht behauptet werden, daß diese Prüfung für den Zeugen in allen Punkten günstig verlief. Ein Widerspruch stellt z. B. zwischen dem siebenköpfigen Brief, den er kurz vor Verlassen der Anstalt Lüchow geschrieben hat und den Enthüllungen, die er bald darauf seinem Vater über diesen gemacht hat. Sein ehemaliger Schulkamerad konnte auch nicht ein Gespräch über unzüchtige Handlungen befähigen, die Lüchow an dessen Bruder vorgenommen haben sollte und das zum Ausgangspunkt für die Enthüllungen des Weis seinem Vater gegenüber und zum Anlaß für ihn gewesen sein soll, Budow den Rücken zu kehren. Es schien in gewissen Augenblicken die Vermutung berechtigt, daß Weis ein Phantasiegebilde als wirkliche Begebenheiten hingestellt hatte, um seine Eltern zu veranlassen, ihn aus der Anstalt zu nehmen. Auch eine Liebesaffäre spielt hinein. In Widerspruch mit seiner festen Behauptung über die an ihm vorgenommenen unzüchtigen Handlungen standen übrigens verschiedene Bemerkte in Lüchows Tagebuch, wie auch Einzelheiten in seiner Schilderung, wie diese Handlungen vorgenommen worden waren. Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zeugen hätte man auch aus den Fragen eines Teiles der Sachverständigen, insbesondere der pädagogischen heraus. So war der Eindruck von dieser Aussage ein mißspaltiger. Die heutige Verhandlung wird für ihre Bewertung entscheidend sein. Jedenfalls wird es die Verteidigung nicht leicht haben, sie zu erschüttern.

Der internationale „Taschendieb“.

Ein Taschendieb, der Damentaschen stiehlt. Er behauptet, Berfer zu sein und mit Teppich zu handeln. Sein ständiger Wohnort ist Mailand. In Berlin hat er nur eine Schuld einfallieren wollen von einem Geschäftsfreund. Er hat aber das Haus nicht finden können, hat im Café eine Dame kennengelernt, die russisch sprach und die ihm beim Suchen seines Bekannten helfen wollte.

Da sie aber bei Wertheim etwas einkaufen mußte, war er mit hineingegangen und bei dem Haupteingang stehen geblieben. Plötzlich sei er aber von hinten von einer Dame beim Valetot gepackt, sie habe etwas Unverständliches gesprochen und ihn verhaften lassen. Die Dame behauptet aber, daß aus seinem Valetot ihm zu Füßen ihre Handtasche gefallen sei, die sie im selben Augenblick erst auf den Verkaufstisch niedergelegt hatte. Auch der Portier hat die Tasche fallen sehen. Der „Berfer“ meinte, ein Irrtum, ein Mißverständnis. Schließlich nach langem Zureden bequemt er sich zu einem lahmhänigen Geständnis. Wenn alle sagen, daß ich es gewesen bin, dann werde ich es wohl gewesen sein. Ich habe aus Rot genommen. Aus Rot? Kaum hatte er mit Genehmigung, unter Anrechnung der dreiwöchigen Untersuchungshaft, seine Gefängnisstrafe von 6 Wochen entgegengenommen — milde Richter! — da erhielt er von seiner Frau einen wunderbaren Blumenstrauß. Das sah nun wirklich nicht nach Rot aus. Aber er hatte eben Glück gehabt.

Das Verbrechen von Strausberg.

Das Strausberger Verbrechen ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen. Für die Öffentlichkeit, die der Suggestion des gräßlichen Titels nicht unterliegt, und natürlich auch für die Behörden, die in gleichem Maße das Wohl aller Bürger, einerlei, welcher Herkunft und welchen Standes sie seien, am Herzen liegt — allerdings spricht das Polizeiausschreiben von einer in Strausberg wohnhaften Dame — wird der Umstand, daß hier eine Gräfin das schreckliche Schicksal getroffen hat, seine Rolle spielen. Von Bedeutung ist die Tatsache vielleicht für die Beurteilung der Psychologie des Täters. Es mag sein, daß er es gerade auf besser gekleidete und bürgerlich aussehende Frauen abgesehen hatte, da er nicht allein auf ein Stillschleichenverbrechen, sondern auch auf Raub ausging. Hatte er doch auch dem jungen Mädchen, das er am 1. Mai überfiel, einige Mark geraubt. Es ist nur zu wünschen, daß es der Polizei so rasch wie möglich gelingt, des Täters habhaft zu werden. Denn die Verwegenheit des Täters, den selbst der hellste Tag und der Menschenverehr nicht abhalten konnten, zwei Frauen hintereinander zu überfallen, läßt darauf schließen, daß es sich um einen äußerst brutalen, schwer pathologischen Menschen handelt, dessen hemmungslos gewalttätiger Trieb ihn nicht davon zurückhalten wird, noch weitere Opfer zu suchen und zu finden.

Daß die Polizei in diesen wie in ähnlichen Fällen vor einer äußerst schwierigen Aufgabe steht, soll nicht geleugnet werden. Allerdings liegen die Dinge diesmal vielleicht etwas günstiger, als es in den drei letzten aufsehenerregenden Verbrechen an Frauen, die mit Tötung verbunden waren, der Fall gewesen ist. Der Mörder des Mädchens auf dem Arnsmalder Platz, der Frau in der Nähe von Friedrichshagen und der kleinen Senia Eckert sind unentdeckt geblieben. Das darf jedoch nicht der Polizei als Schuld angedreht werden. Es ist eben fast unmöglich, einen Notzylinder, der sein Opfer getötet hat, zu finden, wenn ihn sonst niemand gesehen, wenn keine Spuren hinterlassen sind und er mit der Bergewaltigen vordem in feinerer Beziehung stand. Angefallen, vergewaltigt, getötet, das Weite gesucht — wie soll man seiner habhaft werden? In diesem Falle sind jedoch die Personisten des Mörders einigermaßen bekannt, es wird wohl auch kein Zufall sein, daß er sich gerade Strausberg als Tätigkeitsfeld auswählte.

Der Chef der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsdirektor Dr. Weis, hatte zu gestern nachmittag die Vertreter der Berliner Presse zu sich geladen, um nochmals die Notwendigkeit ihrer Unterstützung zu unterstreichen. Er meinte, daß es der Polizei wohl gelingen würde, den Täter zu fassen, wenn das Publikum das seinige dazu tun würde. Es sei Pflicht eines jeden Bürger Groß-Berlins, sich ganz genau in seinem Verwandten- und Bekanntenkreis umschau zu halten, ob sich nicht darunter ein junger Mensch im Alter von etwas über 20 Jahren befände, der nach dem 1. Mai Kraper im Gesicht aufwies und zu denen nach der Strausberger Tat vielleicht neue hinzugekommen sind. Die einzelnen Merkmale sind im „Vorwärts“ bereits erwähnt worden und sind heute an allen Anschlagssäulen zu lesen.

Unterdes scheint die erste Spur des Mörders gefunden zu sein. Ein Händler aus Charlottenburg, der morgens in der Zentralmarkthalle für sein Geschäft einkaufte, wurde am Montag morgen von einem jungen Mann angesprochen, der ihm ein Halsgeschmeide und eine Damenuhr zum Kauf anbot. Da der Händler nicht über die vom Verkäufer geforderten 30 M. verfügte, verabredeten sie, daß der junge Mann am nächsten Morgen wiederkomme. Erst hinterher las der Händler eine genauere Beschreibung der geraubten Gegenstände, und da er glaubte, daß sie mit dem ihm angebotenen identisch seien, machte er der Polizei von seiner Wahrnehmung Mitteilung. Dieser traf alle Vorkehrungen, um den Verkäufer zu fassen. Er erschien jedoch am nächsten Morgen nicht mehr. Für die weiteren Recherchen ist zu berücksichtigen, daß laut Beschreibung des Händlers die Hosen des jungen Mannes zwar schwarz sind, jedoch ganz kleine, kaum sichtbare helle Streifen aufweisen und daß seine ganze linke Hand mit einem weißen Tuch so verbunden war, daß nur noch die Fingerspitzen heraussehen. Die Polizei hat zugleich mit den Maßregeln in Berlin auch andere für die Umgebung von Strausberg getroffen. Dortin wurden 50 Beamte der Schutzpolizei mit Lastautos geschickt, um die Wäldungen nach Landstreichern gründlich abzusuchen.

Der zweite Raubmörder von Hegermühle verhaftet.

Das Kapitalverbrechen, dessen Opfer in den Morgenstunden des 21. April die 78 Jahre alte Gastwirtin Wilhelmine Schröder im Schützenhaus zu Hegermühle bei Eberswalde wurde, ist bekanntlich durch die Verhaftung des einen Täters, des 25 Jahre alten Schlägters Hermann Birk, zum Teil aufgeklärt worden. Birk wurde, wie wir seinerzeit berichteten, von der Nordkommission in einer Herberge am Steilener Bahnhof ermittelt und verhaftet. Nach anfänglichem Weigern legte er ein umfangreiches Geständnis ab, behauptete aber, die Mordtat gemeinsam mit dem 27 Jahre alten Arbeiter Hermann Straß aus Hohenseide bei Stettin verübt zu haben. Die Nordkommission sandte nun ein Fahndungsvergehen mit der genauen Beschreibung des Mordtats Straß an alle Polizeibehörden. Auf dieses Ausschreiben hin ermittelte am Dienstag früh die Deumtiner Kriminalpolizei, daß sich ein Bursche, auf den die Beschreibung paßte, unter der Arbeiterkolonne des Rittergutes Lehnhöf b. Demmin befand. Die Schmittlerstraße wurde in aller Morgenfrühe umstellt und der Gefaschte festgenommen. Bei der Vernehmung gab er zu, der gefaschte Arbeiter Hermann Straß zu sein, bestritt jedoch, bei der Mordtat seine Hand im Spiele gehabt zu haben. Er wollte schon seit dem 15. April auf dem Gute beschäftigt sein. Das konnte ihm aber an Hand der Güterbücher schnell widerlegt werden. Jetzt legte er zur Stützung seines Alibis einen Entlassungsschein des Raabiter Gefängnisses vor, der das Datum des 22. April 1926 trug. Eine genaue Prüfung dieses Datums zeigte aber bald, daß Straß es gefälscht hatte, und eine sofortige telegraphische Anfrage in Raabitz bestätigte diesen Befund. Der Entlassungsschein war ursprünglich am 22. November 1925 ausgestellt worden. Trotz seines Weigerns bestiegte aber ein unter seiner Hobe

gefundenen Pfandschein aus Neubrandenburg sein Schicksal. Hier hatte er eine goldene Damenuhr verpfändet, deren Beschreibung auf das genaueste mit der übereinstimmt, die die Verwandten der Frau Schröder seit dem Mordtage vermiften. Straß wird von Beamten der Berliner Nordkommission aus Demmin abgeholt und der Staatsanwaltschaft in Prenzlau zugeführt werden.

Was die Kirche verlangt!

Bei den Befestigungen von Dissidenten durch unberichtigte Kirchensteuerforderungen ist das höchste, daß sogar Personen, die zur Kirche gehören, vor solchen Forderungen nicht sicher sind. Wenn ein Dissident, an dessen Seele oder Geld die Kirche niemals einen Anspruch hatte, irrtümlich zur Kirchensteuer veranlagt wird, muß selbst er den Beweis erbringen, daß die Forderung unberichtigt ist. Nicht die durch Gesetz bevorzugte Kirche, für die man Geld von ihm verlangt, hat die Pflicht, die angebliche Berechtigung dieser Forderung zu beweisen, sondern er muß mit Zeitverlust und Geldaufwand die Beweise herbeischaffen und vorlegen, daß er niemals innerhalb seines Machtbereichs gewesen ist. Das wird ihm, wenn er Einspruch gegen die Steuerforderung erhebt, von der Kirchenbehörde mit einer Unbefangenheit zugemutet, die im ersten Augenblick verblüffend und fast erheitend wirkt.

Zwei Töchter eines alten Dissidenten, der bereits im Jahre 1895 vor der Geburt seiner Kinder sich in vorgelebener Form von der evangelischen Kirche losgelöst hatte und selbstverständlich die Kinder nicht taufen ließ, sind noch jetzt zugunsten der evangelischen Kirche zur Steuer veranlagt worden. Die Einsprüche wurden vom Geschäftsführenden Ausschuss der Berliner Stadtynode mit zwei ziemlich gleichlautenden Schreiben beantwortet, aus denen die beiden Dissidenten erfahren, daß sie im Kirchensteuerbuch als evangelisch geführt werden und nach Auskunft des Einwohnermeldeamts auch dort als evangelisch verzeichnet sind. Zu ihrer den Einspruch begründenden Angabe, daß sie keiner Kirche angehören, führt der Bescheid aus: „Für die bürgerliche Zugehörigkeit zur Kirche ist lediglich der Konfessionsstand des Vaters zur Zeit der Geburt des Kindes maßgebend. Ihre Freistellung von der evangelischen Kirchensteuer kann daher nur dann angeordnet werden, wenn Sie uns durch Herreichung der gerichtlichen Bescheinigung den Nachweis erbringen, daß Ihr Vater bereits vor Zeit Ihrer Geburt aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten war, oder daß Ihr Vater für Sie während Ihrer Religionsmündigkeit diesen Austritt vollzogen hatte, oder daß Sie ihn später selbst bewirkt haben. Andersfalls würden Sie Ihre Kirchensteuerpflichtigkeit sein, und wir ersuchen Sie daher, den Steuerbetrag von ... Mark unter Angabe des Steuerzeichens baldmöglichst der zuständigen Finanzkasse zu zahlen.“ Die beiden Dissidentinnen, die nie der Kirche angehört haben, sind hierdurch genötigt, dem Geschäftsführenden Ausschuss der Stadtynode die ihrem Vater vor 30 Jahren erteilte Austrittsbescheinigung vorzulegen. Der Verfasser des Bescheides scheint nicht anzunehmen, daß die Töchter den geforderten Beweis führen können. Darum hängt er sogleich die Mahnung an: „Wir ersuchen Sie daher, den Steuerbetrag usw.“

Wir empfehlen den Dissidentinnen, dem Geschäftsführenden Ausschuss zusammen mit der Austrittsbescheinigung des Vaters die Frage vorzulegen, ob nach diesem Beweis, daß sie nicht kirchensteuerpflichtig sind, nicht die Stadtynode sich für Kostenerschonungspflichtig hält und „daher“ den ausgewendeten Restbetrag ihnen „baldmöglichst“ zugehen lassen will. Bei solcher Anfrage bedarf es aber größter Vorsicht, damit nicht der Geschäftsführende Ausschuss einen Anlaß erhält, sich beleidigt zu fühlen und die mit Kirchensteuerforderungen beschäftigten Dissidentinnen noch auf die Anklagebank zu schleppen. Wir wissen, daß auch so etwas schon dagewesen ist.

Neden auf Friedhöfen sind Hausfriedensbruch?

Die Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände, zu der über eine halbe Million organisierter Freidenker gehören, hat an die zuständigen Ministerien und an die Fraktionen der sozialistischen Parteien und der Demokratischen Partei folgende Entschließung gerichtet:

„Das gesamte organisierte Freidentertum erhebt mit Entrüstung Beschwerde darüber, daß seine Redner, die bei Bestattungen, bei denen ihre Mitwirkung von den Verstorbenen oder deren Angehörigen gewünscht wurde, diese Wünsche erfüllen, wegen Hausfriedensbruch verhaftet und zu Strafen verurteilt worden sind. Wenn eine Bestattung aus einem friedlichen Friedhofe erfolgen muß, so darf auch die dazu gehörige Leichenrede nicht verhindert werden. Wer den letzten Willen des Verstorbenen oder die Bitte der Angehörigen in bezug auf die Leichenrede erfüllt, darf nicht als Verbrecher behandelt oder bestraft werden. Gesetze, auf Grund deren solche Ungerechtigkeiten möglich sind, sind schleunigst zu beseitigen oder abzuändern.“

Wo bleibt der Unfallschutz?

Am 1. Mai berichtete der „Vorwärts“ im lokalen Teil über einen schweren Unfall im Völkerkundemuseum, bei dem zwei Arbeiter unter umstürzenden schweren Eisenschränke gerieten und dabei schwer verletzt wurden. Ueber die näheren Umstände wird uns mitgeteilt:

Die Schlosserarbeiten bei dem Umbau und den Renovierungsarbeiten im Völkerkundemuseum werden von der Firma Ferdinand Paul Krüger, Königlich-hofkunstschlossermeister, Neudöln, Glasowstraße 42/44, ausgeführt. Die Arbeiten leitete ein Montagemeister, der wenig Erfahrung darin zu haben scheint, da er Termine festlegt, die die Arbeiter nicht innehalten können.

Um aber die verstrichenen Termine dennoch durchzuführen, werden die Kolonnenführer von dem Montagemeister rücksichtslos angetrieben. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter die Kolonnenarbeiter antreiben, ohne Rücksicht auf die Unfallverhütungsvorschriften. Vor etwa drei Wochen wäre einem Schlosser durch Herabfallen einer schweren Blechtafel beinahe der Kopf abgeschnitten worden. Die Ursache war Richtabsteifung eines Schranke. Auf die gleiche Ursache ist auch das Unglück am 31. April zurückzuführen. Der Leiter der Kolonne, in der das Unglück sich ereignete, wurde wiederholt von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht, daß die Schranke abgesteift werden müßte. Der Mann hielt das nicht für nötig. Um 12 Uhr ereignete sich dann das Unglück.

Bezeichnend ist, daß die Pressevertreter nicht zur Unglücksstelle vorgelassen wurden. Die Schranke, unter die die Verunglückten gerieten, sind ungefähr drei Meter hoch und vier Meter lang, bei einer Breite von nur 40 bis 50 Zentimeter. Das Gewicht beträgt etwa sechs bis acht Zentner. Um einen dieser Schränke ins Wanken zu bringen, bedarf es nur eines winzigen Anstoßes.

Auch die hygienischen Zustände auf der Baustelle, auf der eine Belegschaft von nahezu 350 Mann beschäftigt ist, spotten jeder Beschreibung. Hoffentlich erfolgt bald Abhilfe durch die „königliche“ Firma.

Der richtige Weg zur Erlangung blendend weißer Zähne

Drücken Sie einen Strang Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gezahntem Borstensennt), bürsten Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, tauchen Sie erst jetzt die Bürste in Wasser oder besser in Chlorodont-Mundspülwasser und spülen Sie damit unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überraschen! Der mißfarbige Zahnbelag, der sich besonders bei Rauchern unangenehm bemerkbar macht, verschwindet und die Zähne erhalten einen wundervollen Elfenbeinglanz. Das kostbare Pfefferminz-Aroma verleiht dem Munde herrliche Frische und Wohlgeruch. Kaufen Sie sich noch heute eine Tube Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste. Beide Artikel sind überall zu haben.

durch die herrlich erfrischende Pfefferminz-Zahnpaste Chlorodont

Kunstfragen im Landtag.

Vor mangelhaft besetztem Hause.

Der Landtag setzte gestern die zweite Beratung des Kultus-
etats beim Abchnitt „Universitäten, Technisches Unterrichtswesen
und sonstige wissenschaftliche Anstalten und Zwecke“ fort.
Abg. Dr. Waentig (Soz.) erstattet den Ausschussbericht über
Universitäten und Charité-Krankenhaus in Berlin. Bei der
Reform der Universitäten hat der Ausschuss der Wiederher-
stellung der Extradisziplin im Prinzip zugestimmt. Das jetzt
bestehende zahlenmäßige Verhältnis zwischen Lehrkräften und
Studierenden soll, sobald die Finanzlage es erlaubt, beseitigt werden.
Einnützig wird schließlich bessere Pflege des Arbeitsrechts an
den Universitäten verlangt.

Nach Ausführungen des Abg. Hoffmann-Rünster (Dnat.) fordert
Abg. Waentig (Soz.) in der Debatte Ueberbrückung der Kluft
zwischen dem akademisch gebildeten Volksteil und der Arbeiterschaft.
Die Sozialdemokraten begrüßen es, daß der Minister die
Ersatzprüfung eingerichtet hat. Kein Hochschullehrer
darf in seinem Wirken auf der Universität sich gegen den Staat
wenden. Das Vorgehen der Studenten gegen Prof. Lessing in
Hannover sei nur dadurch möglich, weil die Studentenschaft die Ge-
walt habe, von einigen ihrer Lehrer moralisch dabei unterstützt
zu werden. Es muß auch den Universitätsprofessoren Möglichkeit
gegeben werden, durch Studienreisen ihre Wissenschaft zu vertiefen.

Nach Ausführungen der Abgg. Dr. Fehrbender (S.) und Pinter-
nell (D. Sp.) unterstützt Abg. Bohner (Dem.) die sozialdemokratischen
Wünsche, eine Ueberbrückung der Bildungsstufe im Volke herbeizu-
führen. Auf den Universitäten müsse mehr Staatsbürger-
kunde gelehrt werden.

Ministerialdirektor Dr. Richter teilte mit, daß trotz der schlechten
wirtschaftlichen Lage es dem Kultusministerium möglich gewesen sei,
die Zahl der Assistentenstellen zu erhöhen und allein an der Berliner
Universität drei neue Honorarprofessoren für das
Wirtschaftsgebiet einzustellen. Das Ministerium werde eine Kolle-
gengelderhöhung unter keinen Umständen befürworten und denke auch
nicht daran, die Selbstverwaltung der Studentenschaft zu stören.

Abg. Semmler (Dnat.) meint, man könne auf dem Boden der
Verfassung stehen, ohne Republikaner zu sein (L).

Abg. Rosenfeld (Soz.) macht auf die Notwendigkeit der
praktischen Psychologie für unsere Juristen aufmerk-
sam und kritisiert die Untersuchungen, die in der studentischen
Selbstverwaltung vorkamen. Es müsse Vorbehalte getroffen werden,
daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen.

Abg. Alkan (Komm.) verurteilt, daß man den Studenten ver-
bieten müsse, über religiöse und politische Dinge zu reden.

Damit schließt die Aussprache zu diesem Abschnitt, und es folgt
die über das Kapitel „Kunst“. Mit der Beratung verbunden ist
die Besprechung der Anträge über die Rot der Schriftsteller und der
Dichter sowie eine große Anfrage über die Erhaltung des Kölner
Doms.

Der Vizepräsident stellt unter Heiterkeit (L) fest, daß der Bericht-
erfasser und die beiden zum Wort gemeldeten Redner nicht anwesend
sind. Bei schwach besetztem Hause erhält das Wort Abg. Koch-Berlin
(Dnat.), der zum Thema Rot der Schriftsteller spricht.

Abg. Frau Dr. Dörfelher (Soz.) wendet sich gegen die Erhöhung
der Pfarrgehälter und setzt ihr die Rot der Schriftsteller und Künstler
entgegen.

Nach Ausführungen von Vertretern des Zentrums und der
Volkspartei erhebt Abg. Bartels (Komm.) gegen den Oberpfleiler
beim Staatstheater Beschuldigungen verschiedener Art.

Kultusminister Dr. Beder faßt Untersuchung der Angelegenheit
zu. Es seien schon öfter ähnliche Gerüchte entstanden. Die Anfragen
hätten sich aber als unbegründet erwiesen. In der Frage der
Museumsbauten sei man über die größten Schwierigkeiten
hinaus. Am einzelnen werde die Bauleitung noch mit der Museums-
direktion sich auseinandersetzen. Der Minister empfiehlt, die ganze
Frage der ruhigen Erörterung der Sachverständigen und der An-
wärtigkeitsstellen zu überlassen. Die parlamentarische Behandlung
und die Artikel in der Tagespresse würden nicht förderlich wirken
können.

Abg. Dr. ... (Dem.) für die Unterstützung der notleidenden
Schriftsteller bitten im Etat mehr Mittel eingestellt werden.
In die Dispositionen, die diese Gelder zur Verteilung bekommen,
müsse auch der Schutzbund der deutschen Schrift-
steller einbezogen werden. Die Rechte radikal eingestellter
Künstler durch die bürokratische Gesellschaft müsse aufgehoben und Frei-
heit und Ausnahmefreiheit für alle Künstler wieder wie im vorigen Jahr-
hundert beim Bürgertum Platz greifen.

Ein Regierungserbeantworter beantwortet dann die große Anfrage
des Zentrums über die Erhaltung des Kölner Doms. Er
führte aus, daß allein die Wiederherstellungsarbeiten
am Chor 10 bis 12 Jahre in Anspruch nehmen würden
und mehr als 6 Millionen Mark kosten. Die Staatsregie-
rung werde, soweit es die Finanzlage des Staates erlaube, die
Bauten am Kölner Dom mehr als bisher fördern und hoffe, daß
schon bald energischer vorzugehen werden könne.

Nach Ausführungen öffentlicher und wirtschaftsparteilicher Redner
wird um 1/6 Uhr die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Dienstag, den 11. Mai.

1. Rennen. 1. Vetrinus (Vincenz), 2. Diane Blume (D. Schmidt),
3. Liedtraut (H. Tarras). Toto: 77 : 10. Platz: 22, 22, 26 : 10. Ferner
Helen: Amardis, Kreutz, Margenjonne, Signor, Lustent, Kostide, Kreuz-
berg, Albalberga, Wines, Kiltessen, Beerch, Kahlia, Adrienne.
2. Rennen. 1. Fridolin (Gass), 2. Lebenslauf (Wiedermann),
3. Regateur (Böhm). Toto: 146 : 10. Platz: 22, 22, 42 : 10. Ferner
Helen: Garte, Malahat, Lady Rena, Pandora, Oalob.
3. Rennen. 1. Cardinal II (Augustin), Toto: 22 : 10. Platz:
21 : 10. 1. Kuba (Clefis), Toto: 21 : 10. Platz: 19 : 10. 2. Hof
(Garga). Platz: 26 : 10. Ferner Helen: Willger, Glemgaunerin, Wefel,
Palamedes, Bromo, Dajige.
4. Rennen. 1. Gail (Williams), 2. Kronos (L. Barga), 3. Klein-
wein (H. Tarras). Toto: 19 : 10. Platz: 10, 10, 10 : 10. Ferner Helen:
Tirano, Herzo, Christoff, Saderlot.
5. Rennen. 1. Rhododendron (L. Barga), 2. Schneewittchen (Mador),
3. Glashöfer (D. Derschlag). Toto: 24 : 10. Platz: 16, 17, 17 : 10.
Ferner Helen: Ammer Worms, Dorn's Bruder, Großaktion, Llanon,
Roofre, Glingen, Libelle, Navilla, Gullana, Lilo, Naps.
6. Rennen. 1. Tronada (Gagne), 2. Marienburg (Sträger),
3. Ach dien (L. Barga). Toto: 26 : 10. Platz: 19, 18, 13 : 10. Ferner
Helen: Verespone, Die Königin, Tully, Mädchen, Quelltrop, Gora, Alpaka,
Rota, Lella, Turda.
7. Rennen. 1. Carlshier (Bonco), 2. Gerber (Sträger), 3. Pfeifol
(D. Schmidt). Toto: 24 : 10. Platz: 22, 16 : 10. Ferner Helen:
Cambrena, Sturmacht, Romeo, Ivans, Ledine, Blia, Betty Bromm,
Griff, Weta.

Memoro.

Am Sonntag, den 16. Mai, kommt auf der Rennbahn Treptow
das nächste Rennen Memoro zum Austrag. Es geht über 1000 Me-
ter in zwei Läufern von je 50 Kilometer nach Kilometerwertung. Miller,
Sawall und Wittig, die erfolgreichsten deutschen Dauerläufer, sind für
das nächste Rennen in die Wettbewerbsliste eingetragen. Die Nachricht von dem
Aufkommen dieser drei bedeutet für den deutschen Halbmarathon eine
Entscheidung. Zum ersten Male wird man das Verhältnis zwischen unserer
deutschen Erstklassigen feststellen können. Da außerdem alle drei Spezialisten
der Treptower Bahn sind, so wird es einen äußerst harten Kampf geben.
Nicht in die Frage, ob Müller oder Sawall oder Wittig unter zurecht kürzter
Dauerläufer ist, noch bis heute ungelöst. Mit weiteren Leistungen werden
sich die Unentschiedenheiten. Das Programm umfaßt außerdem ein
Damenfahren über 15 Runden, ein Radfahren über 4 Runden und ein
Tandemfahren über 1200 Meter für Amateure.
Wie schon bekannt wird, wird Emil Zeman als vierter Fahrer
am Memoro teilnehmen.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Verkauf im Fern- und Regenschirm-Handel ist gerade jetzt ein
besonderes Geschäft. Die Regenzeit in dem wunderbaren großen Ansturm, die
Verkaufsmöglichkeiten der mit erstem Gehalt versehenen Regenmengen er-
halten die Bekanntheit der Waren. Alle Kunden, darunter die höchste An-
forderung des Handels, sowie alle modernen Betriebe haben den Regen-
schirm-Verkauf: 100 Bekanntheit erleichtern die Abwicklung auch des öffentlichen

Aufwärts zu den Bekanntheit. Nach dem Regen sind über 100 Bekanntheit
notwendig, die den einflussreichen und nennenswerten Anprüfungen Rechnung tragen.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachdr. verb.)
Temperatur wenig verändert, meist mäßig mit Neigung zu leichten Regen-
schauern. — Für Deutschland. Von Westen nach Osten fortschreitende Be-
wölkungszunahme, aber nur im nördlichen Deutschland leichte Regengüsse.

Das ist
der schlaueste Berliner!



Frau M. Hempel, Wilsnacker
Straße 39.

gewann den 1. Preis von 1000.- Mark in bar.

Der elfjährige Gerhard Rau-
tenberg, Hausburgstraße 7,
gewann den 2. Preis von 500.- Mark in bar.

Fräulein A. Müller, Friedenau,
Bachstraße 1,
gewann den 3. Preis von 300.- Mark in bar.

Die übrigen 60 Trostpreise, je einen
Bollekorb u. 10.- Mk. in bar, gewannen:

- Frau Hüner, Liebenwalder Str. 30; Frau Emma Becker, Pallasstr. 30-31; Fritz
Schmidt, Pennstr. 17; August Verbits, Reinickendorf-Ost, Holländer Str. 30; Marg.
Achtenhaagen, Wilhelmshavener Str. 22; Herm. Kemna, Boockstr. 29; Frau Bertha
Förster, Götterstr. 44; Kurt Giese, Neue Schönhauser Str. 3; Herm. Schwabe,
Korsör Str. 20; Frau Anna Jankowski, Bremer Str. 48; Paul Minthe, Oberreih-
wände, Edisonstr. 27; Frau H. Eiel, Tempelhofer, Reichenbergerstr. 49; Paul Köhler,
Friedrichsfelde, Prins-Allee 43; Berta Freudenberg, Schönberg, Friedenau, Re-
henstraße 88; Frau Gertrud Boise, Reinickendorfer Str. 22; Frau M. Fomtin,
Pankow, Clausdaler Str. 26; Elisabeth Koch, Dresdenstr. 24-24; Frau Mathilde
Schmidt, Velten, Konsum-Hof II; Frau Ida Kupke, Jagowstr. 11; Frau Elisabeth
Müller, Schönberg, Hauptstr. 25; Frau Maria Brämer, Velten, Breite Str. 41; Clara
Jorra, Liechtenberg, Tadorfer Str. 12; Frau Elise Levens, Wilmersdorf, Prins-Regen-
tenstraße 11; Charlotte Deckhorn b. Glönce, Turmstr. 24; Ella Käte Levy, Cuno-
bacher Str. 12; Frau Luise Brückner, Mückenerstr. 140; Elsa Federa Koblhaas, Halen-
see, Karlsruher Str. 28; M. Adam, Karlsruher, Güntherstr. 12; E. Leydhecker, Neuo-
kölln, Hermannstr. 120; Herbert Scholz, Pasteurstr. 22; Erna Hähnel, Straßburger
Straße 4; Frau Hedwig Grapenthin, Stigmundshof 1; Willi Müller, Weidenweg 42;
Gerstenberg, Swinemünder Str. 100; Erika Voß, Grunewald, Königs-Allee 6; Char-
lotte Hill, Radenower Str. 24; Peter Lössch, Charlottenburg, Hardenbergstr. 20;
Erich Fuß, Boockstr. 11; Jos. Kaluschke, Neukölln, Zietenstr. 14; Frau A. Köppen,
Hacoberger Str. 12; Frau Ella Irpang, Grunewald, Humboldtstr. 21; Renate Schwarz,
Stoglin, Albrechtstr. 20; Frau Rosa Salomon, Transvaalstr. 26; Elli Löwenhard,
Halensee, Seeufer Str. 64; Kurt Lemcke, Bernheimer Str. 23; Gertrud Basche,
Calvinstr. 11; L. Neumann, Niederschönhausen, Uhlandstr. 81; A. Cronenberg,
Holländer Ufer 21; Frä. Anna Wrobel, Rigler Str. 207; Horst Gebauer, Schönberg,
Martin-Luther-Pl. 20; Frau Pauline Haveljeda, Zimmerstr. 11; Frau Berta Serin,
Pillnitzer, Königsdamm Haus Dore, A. Opitz, Philippstr. 124; Georg Schell,
Steglitz, Holm-Platzweg 12; Rosa Carstensen, Grünau, Königstr. 2; Clara Ritter,
Elisabeth-Ufer 21; Karl Marob, Odeonsufer Str. 23; Martha Höner, Strelitzer Str. 25.

Aber schlaue Berliner seid ihr alle,
denn ihr ebt „Spreeschatz“-Margarine!

Staats-Theater
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Hofmanns
Erzählungen
Schauspielhaus
U.: Herodes und
Marianne
Schiller-Theater
8 1/2 Uhr: Kyriz-Pyritz

Lessing-Th.
8 Uhr:
Gastspiel: Salten-
burgs Bühnen
**D. fröhliche
Weinberg**

Kleines Th.
8 1/2 Uhr:
**Irgarten
der Liebe**

Städtische Oper
Charlottenburg
7 1/2 Uhr:
Nußknacker-Suite
Tanz-Suite
Der große Krug
Die Opernprobe
Abonn.-Turnus I

Th. d. Westens
8 Uhr:
Gräfin Mariza
Operette v. Kalman
50 Pf. bis 6 Mark
(Keine Bonn)
Himmelfahrt nach
Gräfin Mariza
Halbe Preise!

Deutsches Theater
Norden 10334-38
8 Uhr:

Unsere Kinder

Kammerspiele
Norden 10334-38
8 Uhr:

Wock-end
(Ueber's Sonntag)

Die Komödie
Bismarck 2414, 2016
8 1/2 Uhr

Viktorja

Opernhaus
Königsplatz
Tel. Hasenheide 2116
8 Uhr
Dr. Schmidt

Himmelsheim
Tel. Norden 2004
Zum 100. Male
8 Uhr

Der Garten Eden

Die Tribüne
Tel. Wilhelm 5365
8 1/2 Uhr

Der Rubinon

**Deutsches
Kunst-Theater**
8 Uhr
Ein Walzertraum
Th. d. Kurfürstendamm
Tägl. 8 Uhr:
Rebuhn od. Die
neue Fassade
Wallner-Theater
8 Uhr:
Der heilige Brunnen
Blanco Pannets
Erweckung
Metropol-Theat.
Gastsp. des Th. am
Kurfürstendamm
8 1/2 Uhr Die
Nacht der Nichte

**Internat.
Varieté**
Himmelfahrt:
2 Vorstellungen
3⁰⁰ zu ermäßig.
Preisen
Theaterkasse:
Lützow 1557

**50 Prozent
des Kassenpreises!**
**Circus
Busch**
7 1/2 Uhr Himmelfahrt
Labore im Ufer
Krohod., Schlang u.
1 Pferd aus d. Marokko
4 Besuche u. Ort-v. v. v. v.
Der gewalt. Erfolg!
Es klappert

Neues Th. am Zoo
Tägl. 8 Uhr
Der alte Dessauer
Operette in 3 Akten
Chor-Vespern
Falk, Kiper, Godau,
Straten, Hainisch
Preise 0.50 bis 6 M.

Casino-Theater
Gr. Prellandamm
Karten v. 50 Pf. an
incl. 10 Pf. 5 Uhr hal

**Das Recht
auf Arbeit**
Dazu das neue
Mal-Programm!

**die Mühe von
Sanssouci**
7 lustig. Revuebilder
aus Alt-Potsdam
Kl. Sommerpreise
50 Pf. bis 4 M. L. Loge
Kleinste 3 Pf. Pr.
25 Pf. L. 1.25 2.75
Galerie 1.30 L. Loge
einschließl. Steuer.
Das volle „Mühle“
Abend u. „Mühle“

Volksbühne
Theater am Schloßplatz
8 Uhr:
**Der Kaufmann
von Venedig**
Morgen 7 1/2 Uhr:
FAUST

Die Freier
Morgen 8 Uhr:
Die Freier.

Großes Schauspielhaus
Täglich 8 1/2 Uhr:
Alt-Heidelberg
Gastspiel Alfred Braun
Verlängert bis 31. Mai 1926

Komische Oper
8 1/2 Uhr: Direktion James Klein 8 1/2
Die Neue Revue
Berlin ohne Hemd
Revue der Zukunft in 16 Bild.
Preise 1-7.50. Loge und Kabine 11.
Tageskasse ununterbrochen
ab 10 Uhr geöffnet

Trabrennen Ruhleben
Mittwoch, den 12. Mai
nachmittags 3 Uhr

Berliner Ulk-Trio
Neukölln, Lahnstr. 74/75 L

Hodaktuell! Zum bevorstehenden Volksent-
scheid über die Fürstenab-
schaffung wichtiges Material! — Die erste Riesenaufgabe
war in wenigen Wochen restlos vergriffen!
Hans Otto Nonel
Thron und Altar ohne Schminke
Vergessene Historien und Histörchen von Pfaffen,
Fürsten und Mäntzen. — Mit vielen Spottbildern.
Zweite erweiterte Auflage 1926
Solid in Halbleinen gebd 2.- M. Gut haltbar kart. 1.80 M.

Freidenker! Die Sommerausgabe
steht vor der Tür! Bereit
Eure Felsen vor! In diesen Tagen gelangt zur Ausgabe:
Arthur Oehmichen
Der Menschheit Sonnenwende!
Ein Sonnenwendspiel in 4 Bildern. — Preis ca 50 Pf.
Ueber die organisatorische Ausgestaltung von Sonnen-
wendfesten gibt umfassenden Aufschluß:
Neu erschienen! **Theo Mayer** Neu erschienen!
Felern u. Feierstunden freidenkender Menschen
Ein Leitaden zur Abhaltung u. Gestaltung von Felern
und Veranstaltungen für alle in Frage kommenden Ge-
legenheiten. — Nebst einem Anhang gesammelter Ge-
dichte, Lieder und Sprechchöre. — In Ganzleinen ge-
bunden 2.- M. Gut haltbar kartoniert 1.50 M.
Verlangt Zusendung unseres neuen erschienenen
Frühjahrs-Verlags-Verzeichnisses
Freidenker-Verlag G. M. B. N., Leipzig-
Lindenau, Köckerstr. 15

Lampenschirm-Gestelle sowie
sämtl. Zubeh. wie Seide, Batist, Selden-
trans, Wickelband usw. in la Qualität
billig in den Spezialgesch. Japaner
Dorotheenstr. 58, neben der Kirche,
Königsgrätzer Str. 44, nahe Anh. Bahn,
Brunnenstr. 159, Ecke Anklamer Str.,
Dreibrundstr. 48, a. Nord-Südth. Kreuzb.,
Hohenzielerdamm 16, Ecke Uhlandstr.,
Charl., Seseheim Str. 12, E. Bismarckstr.

Flower
Tuisa, Tuisungilans
wongun Qualität
Gewagtig,
Dummheit
in Tuisungilans!

**Theater
Lichtspiele**
Berliner Theater
U. Uhr: Donner-
wetter, ganz famos
Reisende - Theat.
8 1/2 Uhr: Verbotene
Küsse
Revue in 13 Bildern
Eugen Rex, Metaka
Pr.: 75 Pf. bis 4 M.

Rose-Theater
8 1/2 Uhr: Lili und
heiraten

Central-Theater
8 Uhr: Eva Unbeut
Ilka Grünig

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr und Sonntags
nachmittags 3 Uhr
Stettiner Sänger
D. wundervoll Programm
Naha, tolle Preise, tolle Entsch.
(siehe Säulen-Plakate).
Dönhoff-Bretel
Varieté — Bouzori — Tanz!

Reichstag und Flaggenverordnung.

Die Stellung der Parteien. — Eine Erklärung Sollmanns.

Der Reichstag beschäftigte sich gestern mit der sozialdemokratischen Interpellation über die Flaggenverordnung. Es sprach zunächst Genosse Breitscheid und Reichstanzler Luther, deren Ausführungen an anderer Stelle wiedergegeben sind.

Abg. v. Guérard (S.): Die Rede des Reichstanzlers hat in meiner Fraktion den schon vorher vorhandenen Wunsch verstärkt, sofort in eine kurze Erörterung über die Anregungen des Reichstanzlers innerhalb der Fraktion einzutreten. Da ich weiß, daß derselbe Wunsch von anderen Parteien gehegt wird, beantrage ich, daß der Reichstag sich jetzt auf eine Stunde vertage (Zuruf bei den Kommunisten: Es lebe der Ruhhandel).

Der Antrag betreffend Vertagung der Sitzung auf eine Stunde wird gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Sitzung wird um 5 Uhr 20 Minuten wiederum eröffnet. Die Regierungsbänke sind zunächst leer.

Eine deutschnationale Frage.

Abg. Graf Westarp (Dnat.), der zögernd zur Tribüne schreitet, da der Reichstanzler noch nicht im Saale ist. (Abg. Herzig (Dnat.) ruft: Wo ist der Reichstanzler?) Der Redner erklärt, er habe eine kurze und prägnante Frage an den Reichstanzler zu richten, von deren Beantwortung die weitere Haltung der deutschnationalen Fraktion abhängig sein werde. Er würde es daher begrüßen, wenn der Reichstanzler diesen Ausführungen zuhören würde. (Da der Reichstanzler immer noch nicht erschienen ist, macht der Redner eine Pause von etwa 5 Minuten. — Reichstanzler Luther erscheint dann in aller Eile im Saale und wird mit lebhaften Zurufen empfangen.) Graf Westarp richtet an den Kanzler die ausdrückliche Frage und ersucht um eine klare und absolut offene Antwort. Ist es richtig, daß von einem Teil der Regierungsparteien Forderungen gestellt und vom Kabinett angenommen worden sind, oder ist der Reichstanzler entschlossen, ohne Rücksicht auf solche Forderungen und ohne das Ergebnis anderer Verhandlungen irgendein abzuwarten, die Flaggenverordnung unverzüglich durchzuführen? Rüdigung oder nicht Rüdigung? (Beifall rechts, Lachen links.)

Das Zentrum mißbilligt — ohne Mißtrauen!

Abg. Giesberts (Z.) erklärt, die Rede des Reichstanzlers habe den Eindruck nicht vermischt, daß die Verordnung in der gesamten Öffentlichkeit ungeheure Überraschung hervorgerufen habe. Eine ungünstigere Zeit für den Erlaß der Verordnung hätten weder der Reichspräsident noch der Reichstanzler wählen können. Die Zentrumsfraktion hat sich, sobald uns unsere Minister einen Bericht erstattet hätten, sofort mit der Sache befaßt, und wir sind zu der einstimmigen Auffassung gelangt, daß wir glauben, die Verantwortung für diese Verordnung abzugeben. Ich bedaure, daß unser Volk durch diese Angelegenheit aufgeregt wurde, wo wir uns doch in wirtschaftlicher Not befinden und Wichtigeres zu tun haben als die Erledigung dieser Frage. (Zehr wührt im Zentrum.) Die ganze Frage muß allerdings gelöst werden, es dürfte aber keinen so abgekämpften Reichstag geben wie diesen. (Lachen und Zurufe.) Das wissen alle diejenigen, die in diesem Reichstag mitgearbeitet haben an den Gesetzen. Die Frage muß also einer Lösung entgegengeführt werden. Aber der Zeitpunkt für diese Verordnung war außerordentlich ungünstig. Dann kommt hinzu die Art, wie die Sache gemacht worden ist. Ich glaube, daß der Reichstag eine andere Behandlung verdient hätte. Das Zentrum ist nicht geneigt, unsere Nationalflagge zu bekämpfen oder zu verurteilen. Es liegt der Verdacht vor, daß andere Dinge vorgesetzt werden, die über diese Flaggenfrage hinausgehen. Auch wir sind für Fortentwicklung der Verfassung, aber das darf nur einheitlich mit dem Volk auf legalem Wege, nicht aber gewaltsam geschehen. Ich hätte gewünscht, daß, als der Reichstanzler einzeln wurde, welcher Sturm die Frage erregen würde, man sich dazu verhalten hätte, die Flaggenfrage auf anderem Wege in Angriff zu nehmen. Das hat sich leider nicht erreichen lassen. Wir halten aber dem Zeitpunkt nicht für gegeben, um aus der Flaggenfrage eine

große Staats- und Kabinettskrise zu machen. Um eine neue Krise zu vermeiden, wollen wir nicht die Hand dazu bieten, daß wir uns für das sozialdemokratische Mißtrauensvotum aussprechen. Mit Rücksicht darauf, daß angeündigt worden ist, daß die Flaggenverordnung vorläufig nicht in Wirksamkeit treten wird (Hört, hört!), hat unsere Fraktion folgenden Antrag eingebracht. (Der Redner verliest den Antrag. — Lachen rechts.) Der Antrag entspricht pflichtgemäß dem Wunsche des Herrn Reichspräsidenten. (Ruf bei den Sozialisten: Eierkatz!) Wir werden alles tun, um die Flaggenfrage möglichst in friedlichem Sinne zu lösen. (Lebhafter Beifall im Zentrum. Große Bewegung.)

Abg. Dr. Schner (D. Sp.) erklärt die Zustimmung seiner Freunde zu der Flaggenverordnung. Sie sei lediglich ein zweckmäßiges Mittel zur Behebung der vom Auslandsdeutschtum als ganz unerträglich empfundenen Zustände in der Flaggenfrage. Den Zentrumsantrag werde die Volkspartei ablehnen.

Abg. Stoeter (Komm.): Der deutschen Arbeiterschaft müßte man den brutalen Machtwillen wünschen, den Luther als Vertreter der Großbourgeoisie entwickelt. Seine Amtsführung sei eine Kette von Verfallungsbrüchen. (Beifall bei den Komm.) Der Redner ergeht sich im übrigen in Ausfällen gegen die Sozialdemokratie.

Abg. Drenth (Wirtsch. Bg.) gibt eine Erklärung seiner Fraktion ab, in der ein Mißtrauensvotum abgelehnt wird.

Abg. Leicht (Bayer. Sp.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der bedauert wird, daß die Reichsregierung zu einer wenig günstigen Zeit und ohne genügende und rechtzeitige Fühlungnahme mit den Fraktionen die Flaggenverordnung vom 6. Mai erlassen hat und in der der Wunsch ausgesprochen wird, den Flaggenstreit möglichst bald auszugleichen. Die Bayerische Volkspartei lehne sämtliche Anträge ab.

Reichstanzler Dr. Luther:

Auf die Anfrage des Abg. Grafen Westarp habe ich namens der Reichsregierung folgende Erklärung abzugeben:

Die Reichsregierung erachtet es für ihre selbstverständliche Pflicht, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 6. Mai 1926 durchzuführen. (Hört! hört!) Eine Aussetzung der Verordnung kann deshalb nicht in Frage kommen. Die Reichsregierung wird dementsprechend auch die notwendigen Schritte zur Durchführung der Verordnung alsbald einleiten. Die Durchführung erfordert aber aus mancherlei praktischen Gründen (Stürmische Heiterkeit.) erfahrungsgemäß einen gewissen Zeitraum, zumal vermieden werden soll, daß in der Zwischenzeit irgendwelche Unannehmlichkeiten hinsichtlich der Durchführung eintreten. Die erste Flaggenverordnung datiert vom 11. April 1921 und trat erst am 1. Juli 1921 in Kraft. Hebereimend damit wird die neue Flaggenverordnung spätestens Ende Juli allgemein durchgeführt sein. Die Reichsregierung ist aber, wie aus meinen Ausführungen hervorgeht, ebenso entschlossen, sich mit allen Kräften für die Durchführung der Anregungen einzusetzen, die sich aus dem Schreiben des Herrn Reichspräsidenten an den Reichstanzler ergeben. Wenn die verfassungsmäßigen Instanzen bis zu dem vorgenannten Zeitpunkt das vorgesehene Ziel eines verhältnismäßigen Ausgleichs in der Flaggenfrage erreichen, so würde selbstverständlich die Verordnung zu erhitzen aufhören, da der Begriff „Einheitsflagge“ die Einheit in bezug auf Rand und See in sich schließt.

Abg. Sollmann (Soz.)

erhält das Wort zu folgender persönlicher Erklärung: Der Reichstanzler hat zur Rechtfertigung der Flaggenverordnung einige Sätze aus einem Briefe vorgelesen, den ich am 31. August 1923 als Reichsminister des Innern an das Deutsche Museum in München gerichtet habe. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung ist es mir nicht möglich, nachzuweisen, wie absurd der Vergleich zwischen einer von dem Reichspräsidenten, dem Reichstanzler und der Reichsregierung gebildeten Verordnung und einem Briefe eines Reichsministeriums an einen Museumsverein ist. Das Deutsche Museum in München ist kein reichs-

eigenes Gebäude und seine Verwaltung ist keine deutsche Behörde. Das Reich hat auf die Beflaggung des Museums keine Zwangsgewalt, es kann lediglich als einer der Hauptstifter des Museums seinen Einfluß auf die Beflaggung geltend machen. Die Tatsachen haben sich nun wie folgt entwickelt:

Das Deutsche Museum in München hat jahrelang nicht in den republikanischen Reichsfarben geflaggt.

Im Juni 1923 hat der Deutsche Textilarbeiterverband der Museumsleitung eine Fahne in den Reichsfarben zur Verfügung gestellt. Obwohl der verdiente Organisator des Deutschen Museums Ostar von Miller persönlich seine Verehrung für die schwarzrotgoldene Fahne beteuerte, lehnte er die Annahme und das Flaggen der Reichsfarben ab. Er begründete dieses Verhalten unter anderem damit, daß die Münchener Kaufleute dem Deutschen Museum keine Stiftungen mehr machen würden, wenn das Gebäude die Reichsfarben zeige. Daraufhin hat

Reichsminister Dr. Dejer

am 4. Juli 1923 an das Deutsche Museum einen Brief gerichtet, dessen entscheidende Stellen lauten:

Die Haltung, die das Deutsche Museum in München in der bekannten Frage der Beflaggung seines Gebäudes bisher eingenommen hat, ist meines Erachtens für das Reich und die Reichsregierung nicht tragbar. . . .

Der Ausweg, der vom Vorstand bei dem letzten Besuche des Haushaltsausschusses des Reichstages und des Reichsratsausschusses besprochen worden ist, überhaupt nicht zu flaggen, stellt meines Erachtens bereits eine politische Demonstration dar, da damit ablehnend zu der deutschen Nationalflagge Stellung genommen wird.

Ich bitte, bei nächster Gelegenheit in persönlicher Aussprache mit Herrn v. Miller auf Regelung der Flaggenfrage in der von mir bezeichneten Richtung zu wirken. Dabei bitte ich zu betonen, daß keine besonderen Bedenken bestehen, wenn das Museum neben der schwarzrotgoldenen Nationalflagge und der bayerischen Landesflagge auch die schwarzweißrote Handelsflagge mit der schwarzrotgoldenen Bösch zeigt. Der Umstand, daß das Museum eine große Abteilung für Seeschifffahrt hat und der gesamten deutschen Wirtschaft dient, läßt die Führung der Handelsflagge als zulässig erscheinen, ähnlich wie auf der deutschen Gewerbeausstellung 1922 neben der Nationalflagge auch die Handelsflagge geführt wurde.

Diesem Vorschlag des Herrn Ministers Dejer hat das Deutsche Museum angenommen und ich habe am 31. August diese Abmachung bestätigt.

Um zu verhindern, daß die deutsche Nationalflagge etwa in kümmerlicher Ausstattung gezeigt werde, habe ich in jenem Briefe hinzugefügt: „Ich setze dabei voraus, daß die Nationalflagge mindestens in derselben Größe und Anordnung wie die bayerische Landesflagge geführt wird.“

Ich habe ferner — und das hat der Herr Reichstanzler nicht verlesen — dagegen Einspruch erhoben, daß die neue Hausflagge des Deutschen Museums als Grundfarbe weiß erhalten sollte, weil dadurch die Annäherung an schwarzweißrot möglich geworden wäre. Vielmehr habe ich verlangt, daß die Hausflagge als Grundfarbe goldgelb aufweisen müsse, damit die Annäherung an die Farben der Republik erreicht werde.

Reichsminister Dejer und ich haben also im Jahre 1923 gegenüber dem keineswegs reichseligen Deutschen Museum durchgeföhrt, daß in dem München der Herr Knilling-Rahr-Hiltler die verbotenen und geschmähten Farben der deutschen Republik gezeigt wurden. Während der Herr Reichstanzler durch die Flaggenverordnung den Farben des Kaiserreichs die Wege gebahnt hat.

Hierauf werden die gestern zurückgestellten Abstimmungen über das Gemeindefeststellungsrecht vorgenommen. Der kommunale Antrag wird gegen die Antragsteller und die Sozialdemokraten, der sozialdemokratische Antrag, die Frage des Gemeindebestimmungsrechts zu prüfen, in nameillicher Abstimmung mit 241 gegen 163 Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt. (Rufe: „Gluffe!“) Die Entscheidung des Ausschusses auf Vertagung eines Beschlusses gegen den Alkoholimßbrauch wird angenommen.

Gegen 8 Uhr wird die Weiterberatung der Flaggen-Interpellation auf Mittwoch, 11½ Uhr vormittags, vertagt.

Nach Brüssel—Paris—Straßburg.

Im vorigen Jahre hat der Reichsausschuh für sozialistische Bildungsarbeit begonnen, Studienfahrten ins Ausland zu organisieren. Sein Programm in diesem Jahre umfaßt mehrere solcher Reisen. Die erste hat bereits stattgefunden. Sie dauerte 6 Tage und ging nach Brüssel—Paris—Straßburg.

Die Reiseleiter, 15 Genossen, trafen sich mit ihrem Reiseleiter am Freitag vor Ostern und langten am Nachmittag in der belgischen Hauptstadt an. Dort wurden sie von dem Sekretär der belgischen Arbeiterbildungsvereine Genossen Landförmig empfangen, der sie während des zweitägigen Aufenthalts führte. Die Stadt wurde eingehend besichtigt trotz der Kürze der Zeit. Man fand sogar noch Zeit, einen Ausflug im Auto in die schöne Umgebung der Stadt zu machen, den man bis auf das Schlachtfeld von Waterloo ausdehnte. Von allen den stärksten Eindrücke machte in Brüssel der runderwölbe große Markt mit der Spigenkuppel des Rathhauses und den Junfshäusern, von denen jenes das besondere Interesse fand, in dem vor 40 Jahren die belgische Arbeiterpartei gegründet worden ist. Einen Höhepunkt der ganzen Reise stellte der Abend dar, den die Reisegefellschaft in der Arbeiterhochschule Ueclle bei Brüssel verbrachte. Die Diskussions hatten gerade begonnen, so war Platz für die Unterbringung der Gäste vorhanden. Nach dem Abendessen vereinigen sich Gastgeber — die Lehrer der Schule und Vertreter der Arbeiterbewegung Belgiens — und Gäste in der Halle der Schule. Ein Lehrer hielt einen Vortrag über die Organisation der Arbeiterbildung und der von der deutschen in ihrem Aufbau so sehr verschiedenen Arbeiterbewegung Belgiens. Fragestellung und Diskussion schlossen sich an und die Reiseleiter bekamen einen lebendigen Eindruck gerade von der Eigenart der belgischen Bewegung, zumal sie am gleichen Tage das Volkshaus der Genossenschaften und das genossenschaftliche Krankenhaus kennen gelernt hatten. Die Schule in Ueclle, von H. de Man, dessen Namen in Deutschland wegen seines Buches „Psychologie des Sozialismus“ gerade sehr viel genannt wird, schon vor dem Kriege begründet, ist am ehesten mit der Heimmolkhochschule Tinz zu vergleichen — Internat, die Schüler werden von den Organisationen dorthin delegiert, doch die Kurse dauern länger. Die Schloß Tinz, ist auch die Schule in Ueclle herrlich in einem Park gelegen, der gerade in der ersten Frühlingssprache stand, als die Reisenden kamen. Der folgende Tag brachte die Gesellschaft nach Paris. Der Zug fuhr durch ehemaliges Kriegsgebiet. Auch sah man grauenhafte Einzelheiten der Zerstörung, die zerstörte Kathedrale von St. Quentin oben auf der Höhe, die schwarzen Etelette der von Granaten zerfallenen Bäume, hier und da die Brandruinen eines Gehöfts, nicht minder trübselig die einwüdnigen Reihen dunkler kleiner Baracken, Ertrag für die zerstörten Wohnungen. Was man aber noch stärker sah, war, wie Mensch und Natur dabei sind, die unermesslichen Schäden erfolgreich wieder auszumergen.

Gegen Abend des Ostermontags kamen wir in Paris an, voller Epannung und Interesse, wie sich diese Weltstadt zeigen werde. Kaum war das Quartier bezogen, drängte es schon jeden, in das stutende Leben der Straßen zu tauchen, über das ein Rauch von Farben und Klipern der Ankündigungen und Reklamen sich zu er-

glichen begann. Wagemutig schwammen alle mit in dem Strom des fremden Verkehrs, trotzdem sie die Sprache nicht kannten, und alle landeten sie wieder heil im Hotel. Der folgende Tag wurde dazu verwendet, ein Bild von der Stadt zu gewinnen. Aus und Ueberbleib vom Eifelsturm, Arc de Triomphe und Montmartre prägen jedem die Struktur der Stadt ein, dann gab eine Autorfahrt von einem ganzen Tag die füllenden Einzelheiten. Doch nicht nur dem Raub des äußeren Lebens gab wir uns hin, still standen wir auch an Heines Grab, ergriffen im Gewölbe des Pantheon vor Jean Jaurés letzter Ruhestätte. Das Wunder der farbigen Fenster von Notre Dame überkam uns wie ein beglückendes Märchen, und war auch der Pavore erfüllt von Hast und Bärm der vielen eiligen Besucher, hatten wir selbst auch nur knappe Stunden für seine unternehmlichen Schätze, es ist doch vorgekommen, daß einzelne Teilnehmer der Fahrt von der Erhabenheit und Anmut der Venus von Milo ergriffen wurden wie von etwas Heiligem. — Ein anderer Tag zeigte uns Brunt und Pracht vom Schloß und Park zu Versailles, wir standen im Spiegelsaal, in dem das Deutsche Reich den ersten Kaiser bekam und in dem der Friedensvertrag unterzeichnet worden ist, man ließ uns als Reliquie den historischen Tisch sehen, auf dem es geschah. Ein wesentliches Moment des Wertes solcher Studienfahrten soll es sein, die besondere Art der Arbeiterbewegung des besuchten Landes kennen zu lernen. Wie sehr nun die französische von der deutschen verschieden ist, das kam jedem durch einen Vortrag zu Bewußtsein, den uns Genosse Grumbach hielt im Gebäude einer — bürgerlichen Zeitung, des „Quotidien“. Die sozialistische Partei ist in Frankreich vielleicht nicht minder politisch einflußreich als die deutsche, aber sie hat keine einzige Tageszeitung und ihre Organisation ist zweckhaft gegenüber der unseren. Deutlicher konnte wohl kaum den Reisegefährten zum Bewußtsein kommen, wie sehr man sich hüten muß, die Verhältnisse und Anschauungen der eigenen Partei wie der gesamten Bewegung auf die eines anderen Landes zu übertragen. Man erfährt etwas die Größe der nationalen Verschiedenheit, erkennt die nicht zu vernachlässigende Bedeutung des nationalen Moments überhaupt, sieht die Bedingtheit des Charakters der eigenen Bewegung, sieht auf jeden Fall klarer und wirtschaftsrechtlicher.

Den Abschluß der Reise bildete ein kurzer Besuch Straßburgs. Die Grazie des Münsters, an dessen gewaltigen Stenmassen die Kunst des Baumeisters alle Schwere aufzuheben scheint, wird ewig im Gedächtnis bleiben. Nicht minder eindrucksvoll aber wird jedem auch die Heimat bleiben. Denn im herrlichen Frühlingstagen wuchsen in der Ferne tiefblau die Berge des Schwarzwalds auf, stiegen in grünen und taumelnden Hängen herab in die blühende Ebene, stundenlang rann uns der Zug, die Bergkette entlang, durch einen der schönsten und fruchtbarsten Landstriche in seiner Frühlingssprache. Bis der warme Abend kam und sie verschleierte — es war eben doch die Heimat.

Diese Fahrt wird im Sommer wiederholt. Anmeldungen für diese und andere Reisen sind an den Reichsausschuh für soz. Bildungsarbeit, Berlin E.W. 68, Lindenstr. 3, zu richten. Von dort ist auch gegen Einsendung von 30 Pf. ein reichsillustrierter Prospekt zu beziehen, der ein Verzeichnis aller Reisen und die Teilnehmerbedingungen enthält.

Verlagsbuchhandlung und Buchgewerbeaal der Buchdrucker. Der Deutsche Buchdruckerverband hat sich mit seinem Haus in der Dreieckstraße — der Architekt Bruno Taut hat es erbaut — ein modernes und unergleichlich schönes Heim geschaffen. Ueber den Baustil des Hauses selbst werden die Leser des „Vorwärts“ noch eingehend unterrichtet werden; diese Zeilen sollen den Zweck haben, für eine Einrichtung zu werden, die den meisten noch unbekannt sein dürfte. Der Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker, der von Leipzig nach Berlin übergesiedelt ist, hat nämlich im Hause des Verbandes eine Verlagshandlung und einen Buchgewerbeaal eröffnet, die für jedermann zugänglich sind und in denen auch ein Warenverkauf stattfindet. Vor allem hat jeder, der im graphischen Gewerbe beschäftigt ist, Gelegenheit, alle Artikel, die er für sein spezielles Fach braucht, zu kaufen und das mit der Gewähr, daß er für sein Geld auch ein etwas anderes Material erhält. Etwa 30 Fachbücher, von Kollegen geschrieben, die selbst in der praktischen Arbeit stehen, meist die Verlagshandlung auf. Sodann werden Arbeitsmittel und vor allem Werkzeuge für alle in Frage kommenden Berufsarbeiten verkauft. Daneben ist eine reiche Auswahl von modernen Kinder-spielzeugen, die im Spreewald hergestellt werden, zu sehen; ebenso gute Bilder des Volkskunstverlages. Und schließlich findet der Besucher Schreibwaren, Schreibzeuge und Ledermwaren in reicher Auswahl. Die zuletzt genannten Artikel werden mit Rücksicht auf die Bewohner der Umgebung angeboten, um auf diese Weise auch den Geschäftsgang flatter zu erhalten. Die Ueberläufe, die die Verlagshandlung macht, kommen den Fortbildungskursen zugute, die der Bildungsverband der Gewerkschaft für seine Mitglieder eingerichtet hat.

Im Buchgewerbeaal, der mit der Verlagshandlung räumlich verbunden ist, findet gegenwärtig eine Ausstellung von Arbeiten statt, die aus den Fortbildungskursen hervorgegangen sind. Von der Willensstärke bis zum Buch und Maket, alle Entwürfe und fertigen Erzeugnisse sind übersichtlich und der Reihenfolge nach, wie sie durch das Alter der Ausführenden bestimmt ist, ausgestellt. Die Arbeiten haben durchwegs auf ein erstaunlich hohes Niveau und ganz hervorragende Leistungen sind sogar nicht selten. Sie zeugen von einer Kraft und Originalität des künstlerischen Empfindens, die auch den strengsten Kritiker stolz und freudig machen, weil hier ein Eindruck vermittelt wird, der beweist, zu welchem beachtenswerten Faktor die Arbeiterschaft auch auf kulturellem Gebiet emporgehoben ist.

Kein Arbeiter sollte es verüben, die Ausstellung (der Eintritt ist unentgeltlich) und die Verlagshandlung zu besuchen und die legiere bei seinen Einkäufen in erster Linie zu berücksichtigen. U. S.

Basell in der Staatsoper. Die erste Reueit wird die Staatsoper am Ringplatz am 28. Mai einen Salletabend veranstalten, an dem „Don Quixote“ von Wüden-Teppis und „Sogelische“ von de Solla-Teppis zur Uraufführung gelangen.

Die Generalversammlung der Kom-Gesellschaft 1926 in diesem Jahre am 6. Die nächste Generalversammlung findet voraussichtlich am 11. August 1927 statt und soll wieder zu einem reinen philosophischen Kongress ausgefallen werden.

Günstiger Abschluß der Reichsbetriebe.

Eine Widerlegung der Angriffe der Privatindustrie.

Die heftigen Angriffe, die die Hugenberg-Presse neuerdings wieder auf höheren Befehl gegen die Reichsbetriebe richtet, zwingen dazu, die soeben erschienenen Geschäftsberichte der Biag ausführlicher zu beleuchten. Die Biag ist bekanntlich die Holding-Gesellschaft, die die Unternehmungen des Reichs verwaltet und deren sämtliche Aktien sich im Besitz des Reichs befinden. Wenn die Hugenberg-Presse behauptet, daß die vorgesehene Dividendenausschüttung von 5 Proz. wirtschaftlich ungerechtfertigt sei und daß in Wahrheit beträchtliche mühsam verdeckte Verluste beim Betrieb der Reichsunternehmungen entstanden seien, so zeigt ein Blick auf die Bilanzen der Biag und der ihr angehörenden Aktiengesellschaften auf das deutlichste, daß diese Behauptungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Das Ergebnis der Biag.

Zunächst wäre die Biag selbst in der Lage gewesen, eine Dividende von 6 Proz. statt 5 Proz. auszuschütten, wenn sie nicht ihrerseits einen besonderen Wert darauf gelegt hätte, das Anleihegeschäft, das sich für sie aus der Aufnahme einer 6proz. Anleihe im Nennwert von 6 Millionen Dollar ergab, bei nahe zu zwei Fünfteln aus den Erträgen des vergangenen Geschäftsjahres abzuschreiben. Der Erlös der Anleihe lag trotz der im übrigen günstigen Bedingungen ziemlich beträchtlich unter dem Nennwert der Anleihe. Die Höhe der Abschreibung ist im Hinblick auf die sonst übliche Bilanzierung und selbst in Anbetracht der Senkung des Zinsfußes in Deutschland reichlich zu nennen. Es ist zweifellos richtig, auf diese Weise für die Zukunft die Erträge des Reichs aus seinen Unternehmungen in größerer Höhe sicherzustellen, als bei geringeren Rückstellungen eventuell das Ergebnis künftiger Jahre zu schmälern. Die Dividende der Biag wird zudem im wesentlichen durch das Reich als einzigen Aktionär, d. h. praktisch das Reichsfinanzministerium, bestimmt. Die Einnahme aus der Dividende erscheint im Etat des Reichsfinanzministeriums mit 5,4 Millionen Mark; die Dividende beträgt 6 Millionen. Davon sind 10 Proz. Kapitalertragssteuer zu zahlen, so daß die Biag praktisch die Dividende zahlt, die im Reichsetat durch Reichstagsbeschluss vorgegeben war. Daß dieser Dividendensatz keinen Höchstjahrs darstellt, ergibt sich vielleicht am deutlichsten aus der Bilanz der

Reichsreditgesellschaft A.-G.

des der Biag angehörenden Bankunternehmens, dessen Gewinne allein die Ausschüttung der Biag-Dividende in der vorgeschlagenen Höhe ermöglicht hätten. Die Reichsreditgesellschaft weist einen Gewinn von rund 5,5 Millionen Mark, hat jedoch außerdem auf einer Reihe von Konten sehr beträchtliche Rückstellungen in Höhe von mindestens 1 1/2 bis 2 Millionen Mark vorgenommen. Auch hier ist jedoch eine vorsichtige Dividendenpolitik getrieben worden, und nur ein Drittel des bilanzmäßigen Gewinns gelangte in Höhe von 1,8 Millionen Mark zur Ausschüttung. Ein ähnliches Bild ergaben auch

die Abschlüsse der Industrie-Gesellschaften.

Die Industriebeteiligungen zerfallen ihrem Charakter nach in zwei große Gruppen: 1. die Unternehmungen der Elektroindustrie, der Aluminiumindustrie, der Kalkstickstoffindustrie; 2. den Komplex der Deutschen Werke.

Die erste Gruppe geht in ihrem Ursprung beinahe durchweg auf die Kriegswirtschaft zurück. Damals zwang der Kupfermangel zur Entwicklung einer eigenen deutschen Aluminiumproduktion. Diese hat im vergangenen Jahre annähernd die Höhe der schwedischen Produktion erreicht, so daß Deutschland nunmehr an die 8. oder 4. Stelle unter den europäischen, an die 4. oder 5. Stelle unter den Aluminiumproduktionsländern der Welt gerückt ist. Da Aluminiumwerke bekanntlich große Stromverbraucher sind, mußten gleichzeitig große Kraftwerke errichtet werden, die mit den Aluminiumwerken unmittelbar zusammen gehören. Dem Heeresbedarf an Stickstoff verdankt bekanntlich die Kalkstickstoffindustrie ihre Entstehung und Entwicklung. Auch diese Werke haben einen außerordentlich hohen Elektrizitätsverbrauch. Vor allem für sie wurden die Elektrowerke A.-G. errichtet. Die Elektrizitätserzeugung der Elektrowerke zeigte in den letzten drei Jahren die folgende Entwicklung:

1923	1295 Millionen kWh-Stunden
1924	1410
1925	1577

Der Geschäftsbericht weist von einer weiteren Ausdehnung der Beteiligungen der Elektrowerke zu berichten, die sich bekanntlich u. a. die Braunschweigischen Kohlenwerke A.-G. aus der Stinnes-Masse gemeinsam mit dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk angegliedert und außerdem eine Reihe von Elektrizitätsbeteiligungen in Schlesien gesichert haben. Damit sind die Elektrowerke langsam das größte Zentrum der deutschen Elektrizitätsversorgung geworden. Von geringerer Bedeutung ist dabei die Beteiligung der Biag am Dörschenerwerk, das bekanntlich wesentlich der Elektrizitätsversorgung der ostpreussischen Landwirtschaft dient. Ueber 1200 Güter sind dem Dörschenerwerk angegliedert und mehr als ein Drittel der Stromabgabe entfällt auf landwirtschaftliche Bezüge. Während die Elektrowerke über 10 Proz. ihres Aktienkapitals als Reingewinn ausweisen und eine Dividende von 8 Proz. an die Biag ausschütten können, bleibt das Dörschenerwerk auch in diesem Jahre dividendenlos. Ausgesprochen scheint die schwierige Lage der ostpreussischen Landwirtschaft zu Verlusten bei der Gesellschaft geführt zu haben. Günstiger ist das Bild, das der Geschäftsbericht von der Württembergischen Landeselektrizitätsgesellschaft A.-G. zeichnet. Dieses Unternehmen ist eigentlich erst im vergangenen Jahre in Betrieb genommen worden. Es ist an die Bayerischen Wasserkraftwerke angegliedert und dürfte bei der Vereinheitlichung der südwestdeutschen Elektrizitätsversorgung eine große Rolle spielen. Finanzuell hat es recht günstig abgeschlossen und kann eine Dividende von 5 Proz. (im Vorjahre 3 Proz. auf ein wesentlich geringeres Aktienkapital) ausschütten.

Die deutsche Aluminiumindustrie auf dem Weltmarkt.

Die Vereinigten Aluminiumwerke haben in diesem Jahre ihre Aluminiumproduktion beträchtlich steigern können. Leider ging diese Steigerung in den letzten Jahresmonaten über die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes hinaus. Seit November dieses Jahres überfließt in jedem Monat die Ausfuhr die Einfuhr beträchtlich, im ganzen um rund 6250 Tonnen. Dieser beträchtliche Exportüberschuß konnte im Auslande nur zu Preisen untergebracht werden, die unter den Preisen des Inlandes lagen. Diese Preispolitik ist durch die technische Natur der Aluminiumindustrie bedingt. Hier verursacht eine Einschränkung des Betriebes so hohe Kosten, daß praktisch nur die Wahl zwischen völliger Stilllegung oder vollem

Betrieb des Unternehmens besteht. Hätten die Vereinigten Aluminiumwerke nicht jenen Export betrieben, so wären sie nicht in der Lage gewesen, ihren Betrieb aufrecht zu erhalten. Bekanntlich besteht ein internationales Aluminiumkartell, über das leider nähere Angaben nicht zu erhalten sind. Es wäre interessant gewesen, von den Deutschen Aluminiumwerken Näheres über diese Vereinbarungen im Geschäftsbericht zu erfahren, zumal sie für die Inlandspreispolitik der Deutschen Aluminiumwerke weiterhin maßgebend zu sein scheinen. In der Öffentlichkeit wurde verschiedentlich behauptet, daß die Deutschen Aluminiumwerke innerhalb des internationalen Kartells sich für eine maßvolle Preispolitik einsetzten und dabei auf den Widerstand der ausländischen Erzeuger stießen. Die nationalistiche Wirtschaftspolitik Italiens zwang die Aluminiumwerke, ihre Rohstoffgrundlage durch Erwerb von Bauxitgruben in Ungarn und Rumänien zu erweitern. Obgleich bei einigen Tochtergesellschaften Verluste eingetreten zu sein scheinen, bietet der Abschluß, der einen Reingewinn von 12 Proz. des Kapitals ausweist (außerdem dürften auf den Anlagekonten beträchtliche Rückstellungen vorgenommen worden sein) ein überaus günstiges Bild von der Entwicklung des Unternehmens, das 7 1/2 Proz. Dividende ausschüttet. Ähnlich günstig ist das Bild, das die Abschlüsse der Tochtergesellschaften bieten, von denen die Inwert-Bayerische Aluminium-A.-G. außer der Versorgung des Aluminiumwerkes mit Strom auch noch über Strom verfügt, der an andere Unternehmungen abgegeben wird.

Die beiden großen Kalkstickstoffwerke des Reichs werden von der Bayerischen Stickstoffwerke A.-G. betrieben, einem Unternehmen, das dem Chemietrust (IG Farbenindustrie) und der Deutschen Bank nahesteht. Die Erzeugung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke A.-G. und der Bayerischen Kraftwerke A.-G. belief sich im Jahre 1925 auf rund 60 000 Tonnen reinen Stickstoff. Sie waren also in der Lage, etwas weniger als ein Fünftel des Jahresstickstoffverbrauchs der deutschen Landwirtschaft zu decken. Das Betriebsergebnis war freilich bei der ersten Gesellschaft nicht besonders günstig; sie kann keine Dividende ausschütten. Ihre Betriebe sind seit dem 1. Januar d. J. an die Bayerischen Stickstoffwerke A.-G. verpackt, so daß von jetzt ab aus den Bauxitabläufen dem Reich ein angemeßener Ertrag zuzuführen dürfte. Die Bayerischen Kraftwerke A.-G. waren auch in diesem Jahre in der Lage, eine Dividende von 6 Proz. zu zahlen.

Die „Deutschen Werke“ nach der Amorganisation.

In die Deutsche Werke A.-G. hatte bekanntlich das Reich seinen ganzen Besitz an Fabriken für die Herstellung von Munition und Heeresbedarf einschließlich Marinewerften eingebracht. Seit diesen Jahren schon hat sich die Direktion bemüht, diesen umfangreichen Besitz wirtschaftlich auszugestalten und umzubauen. Als die Spandauer Werke unmittelbar vor der Lösung des Problems eines billigen deutschen Personenkraftwagens zu stehen glaubten, versagte das Reich bekanntlich auf das Drängen der privaten Automobilindustrie einen notwendigen Betriebskredit, so daß die Pläne aufgegeben werden mußten. Damit wurde es unmöglich, die Deutschen Werke weiterhin aufrecht zu erhalten. Die Werke wurden liquidiert, zu einem Teil abgestoßen und zu einem Teil in fünf neue Gesellschaften eingebracht, von denen die eine, die Deutschen Stahl- und Walzwerke A.-G. in Siegburg infolge der ungünstigen Lage am deutschen Eisenmarkt stillgelegt werden mußte. Die anderen Unternehmungen scheinen allmählich in die neue Form der auf sich selbst gestellten Unternehmung hineinzuwachsen und berichten z. T. von erfreulichen Umsatzergebnissen. Sie produzieren heute Textilmaschinen, Präzisionswerkzeuge, Motorräder, landwirtschaftliche Maschinen u. a. m. Die Deutsche Spinnereimaschinenbau A.-G. in Argersheim erzeugt Textilmaschinen und Armaturen. In ersteren hat sich der Umsatz gegenüber dem Vorjahre um 83 Proz. gesteigert, in Armaturen sogar verdoppelt. Ein nennenswerter Reingewinn konnte freilich noch nicht erzielt werden. Die Deutsche Präzisionswerkzeuge A.-G. in Ulmberg weist ebenfalls nur einen kleinen Gewinn aus. Die Deutsche Kraftfahrzeugwerke A.-G. ist gegenwärtig völlig auf die Erzeugung von Motorrädern (den bekannten D-Rädern) eingestellt. Das Geschäftsjahr, über das Bericht erstattet wird, umfaßt nur sechs Monate, die Bilanz dürfte kaum einen Einblick in die geschäftliche Lage des Unternehmens gewähren. Leider werden weder Produktions- noch Absatzfiguren gegeben.

Uebersieht man den Bericht der Biag und die Berichte der Tochtergesellschaften zusammen, so hat man den Eindruck einer erfolgreichen Betriebsführung und einer vorsichtigen Finanzpolitik. Im Mittelpunkt des Unternehmens stehen nunmehr: die Reichsreditgesellschaft, die Elektrowerke und die Aluminiumwerke. Die Reichsreditgesellschaft ist allmählich zu unbestrittener Großbankstellung angewachsen. Sie gehört den meisten größeren Emissionskonferenzen an und genießt im In- und Auslande den besten Kredit. Am Berliner Geldmarkt hat sie sich neben der Preussischen Staatsbank einen sicheren Platz erobert. Außerdem fungiert sie bekanntlich bei zahlreichen Kreditgeschäften des Reichs als Vermittlerin. Insbesondere geht ein wesentlicher Anteil der vom Reich an die Privatwirtschaft gezahlten Subventionen über sie. Ueber diesen volkswirtschaftlich außerordentlich interessanten Teil ihrer Tätigkeit werden im Geschäftsbericht leider keine Angaben gemacht. Angesichts dieser Leistungen für die Privatwirtschaft erscheint es einigermaßen erstaunlich, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick die Spitzenverbände eine besondere Stelle gegründet haben, deren Ziel der Kampf gegen die Unternehmungen der öffentlichen Hand, insbesondere aber gegen die Tätigkeit der Reichsreditgesellschaft ist. Dieser Kampf kann im Augenblick nur zu einer Schädigung des Aufstehens der deutschen Wirtschaft im Auslande führen und ist daher aufs Schärfste zu verurteilen.

Rationelle Rationalisierung.

Universitätsprofessor Dr. Bonn ist ein Theoretiker der Rationalökonomie, der seine Grundanschauungen mit Recht kapitalistisch bis in die Knochen nennt. Um so wichtiger ist sein Zeugnis, das er in einem Vortrag der „Gesellschaft für Organisation“ über die Voraussetzungen einer rationalen Rationalisierung abgab.

Ueber das technische und kaufmännische Problem der Rationalisierung besteht Einigkeit: mit gleichem Aufwand größeren Erfolg, den gleichen Erfolg mit geringerem Aufwand und mit einem zufälligen Aufwand einen diesen übersteigen-

den Erfolg zu erzielen. Der Hintergrund der Wirtschaftskrise, die die Rationalisierung notwendig gemacht habe, verhindere aber weitestgehend an der Anerkennung von Selbstverständlichkeiten, die man nicht gerne wahr hat. In der kapitalistischen Wirtschaft bestimmen nicht der Produzent, sondern der Konsument, was und zu welchem Preise gekauft werde. Waren sind nur wert, was sie bringen, nicht was der Produzent verlangen will. Das gilt auch für landwirtschaftliche Güter und für Fabriken: nicht was sie gekostet haben, ihr Ertrag bestimmt ihren Wert. Die heutige Rationalisierung sei das Ergebnis der Reife eines Wirtschaftszustandes, der in den Sachverbiehrungen und -erweiterungen der Inflation die beste Rationalisierung erblickt habe, während die Inflation mit ihrem Konsumentenmord die Lebensgrundlage der erweiterten Werke zerstört habe. Mit der Politik des bloßen Sparens am Einkommen anderer Leute habe man sich seit dem Krieg um die Probleme der Rationalisierung herumgedrückt.

Seit der Stabilisierung der Währung aber redet man zwar Rationalisierung in Deutschland; man betreibt sie aber nicht. Die Welt sei verteilt. Es sei nichts mehr zu entdecken. Auf allen Gebieten müsse heute der Schritt gemacht werden von der Entdeckung zur Erfindung. Das eigentliche Ziel sei nicht: billiger zu erzeugen, um mehr zu gewinnen, sondern billiger zu verkaufen, um mehr abzusetzen. Kein Land sei aber von Kartellen und Verbänden, die nur an hohe Preise denken, so verheerend wie Deutschland. Die Kartelle seien heute nicht nur eine Demokratie der Untüchtigkeit, sondern es gelte in ihnen das Prinzip, daß nicht die unerschöpflichen und leistungsfähigsten, sondern die verschuldeten und rückständigsten Betriebe das Preisniveau bestimmen. Der Unternehmer habe im kapitalistischen System nur ein Recht auf die Selbstkostenhöhe des Konkurrenten, keinerlei Anspruch auf die Garantieierung seiner Selbstkosten. Gerade die besten Betriebe arbeiten durch die Kartelle sehr viel teurer, als sie es brauchen.

Mit dem gleichen Recht, mit dem die Banken ihre anwachsende Zinsspanne für die Dividendenverteilung verlangt hätten, hätte die ganze Industrie die Garantie ihrer Dividenden verlangen können. Wo die Rentabilität fehle, helfe nicht die Hochhaltung der Preise, sondern die Abschreibung des nichtrentierenden Kapitals. Das sei die erste Voraussetzung einer rationalen Rationalisierung. Auch die Meinung, daß billige Zinsätze schließlich rational sind, sei falsch. Nicht die Diskontpolitik habe das Geld billig gemacht, sondern die Krise. Rational sei eine Diskontpolitik erst, wenn durch ihre Handhabung die Wirtschaftsvorgänge sich selbst kontrollieren. Kartelle und Diskontpolitik hätten die Krisen in Deutschland zu ständigen Krisen gemacht, die nur Arbeiter entlassen und bankrotte Betriebe schaffen. Die Opfer fallen umsonst.

So sei die entscheidende Voraussetzung der Rationalisierung eine vernünftige Wirtschaftspolitik im großen. Aber auch diese sichere der Rationalisierung erst einen Erfolg, wenn sie individuell in den einzelnen Betrieben und Schritt für Schritt erfolge. Die heutige Handels- und Industriepolitik zwingt aber zu der Befürchtung, daß alle technischen und organisatorischen Einzelbemühungen von der reaktionären Wirtschaftspolitik ausgewogen würden.

Wochenbericht vom deutschen Arbeitsmarkt.

Nach den Wochenberichten der Landesarbeitsämter ist auch bis zum 8. Mai keine nennenswerte Veränderung der Arbeitsmarktlage eingetreten. Es ist keine wesentliche Beseitigung zu verzeichnen, wenn auch die Ziffern der unterjährigen Erwerbslosen in den meisten Landesteilen weiter langsam zurückgegangen sind. Soweit einzelne Landesarbeitsämter geringere Besserungen melden, handelt es sich vornehmlich um die Aushenberufe. Nach Beendigung der Frühjahrseinstellungen hat die Nachfrage aus der Landwirtschaft allgemein etwas nachgelassen. Der Baumarkt belebt sich zwar, doch ist das Angebot an Facharbeitern immer noch beträchtlich. Die Vermittlungen entsprechen in allen Gewerben in keiner Weise denen des Vorjahres und denen durch die Jahreszeit berechtigten Erwartungen. Besonders ungünstig liegen die Beschäftigungsverhältnisse immer noch im Bergbau (besonders im Mitteldeutschen Braunkohlenrevier), der Metall-, Möbel-, Textil- und Lederindustrie. Die Eisenindustrie und das Bekleidungs-gewerbe zeigen eine mäßige Aufnahmefähigkeit.

Der Getreidehandel gegen eine Beteiligung an der Stützungaktion. Nachdem eine Reihe von Teilerbänden des deutschen Getreidehandels ihre ablehnende Stellung zu der Getreidehandels-G. m. b. H. bekanntgegeben haben, hat nunmehr der Verband der Getreide- und Futtermittelvereinigungen Deutschlands e. V. in seiner Mitgliedereversammlung sich gegen die Beteiligung an der Deutschen Getreidehandels-G. m. b. H. in der vorgeschlagenen Form erklärt. Es sollen gegebenenfalls direkte Verhandlungen mit dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft aufgenommen werden.

Das beschlagnahmte Eigentum in Amerika. Die Verhandlungen des amerikanischen Parlaments über die Freigabe des während des Krieges in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Eigentums gehen langsam weiter. Von Interesse ist ein Beschluß im Rechtsausschuß des Senats, wonach den fremden Eigentümern die mit dem beschlagnahmten Eigentum verbundenen Zinsen ausbezahlt werden sollen, und zwar bis zum jährlichen Betrag von 10 000 Dollar. Das ist natürlich vorläufig noch keine Zahlungsanweisung; ebensowenig bedeutet der Beschluß etwas für das Schicksal der beschlagnahmten deutschen Vermögen selbst, die man bekanntlich auf eine Milliarde Mark schätzt.

Der Waschtage

- nicht mehr die Hölle, sondern ein Fest, wenn Sie Dr. Thompson's Seifenpulver verwenden. Es wäscht mühselos und ohne Reiben durch ein vierstündiges Kochen die Wäsche schneeweiß u. erspart viel Zeit und Arbeit.

DR. THOMPSON'S SEIFENPULVER

Allemaal: Rahma-buttergleich!

MARGARINE

Der Apparat.

Von Fritz Müller (Partenkirchen).

Der Futtererlepp von Rannhofen hatte in der Stadt zu tun. Weil er früher fertig wurde, gönnte er sich einen Rokka im Café „Spendid“. Beim Hinübergang stieß er auf ein goldlackiertes „Hier!“.

Er hatte kein Bedürfnis. Aber das Ausrufungszeichen war stärker. Dazu kam die gleichfalls goldlackierte Hand. Sie wies unausweichbar und da Sepp von Haus aus folglos war...

Drinnen Rarmorleschen, blühender Lurus — Sepp schüttelte den Kopf. Alle Gelegenheiten Rannhofens zusammengekommen hätten sicher noch kein Zehnerl dessen getostet, was dieses „Hier!“ allein.

„Erst 10 Bfg. in den Apparat einwerfen, dann zumachen!“

Sepp betrachtete den Apparat am Türchen. Das war doch ein Schloß? Und das Schloß hatte einen Schlüssel: „Hier!“

Folglos wie er war, warf er zehn Pfennige hinein. „Dann zumachen!“ Schön, er machte zu. „Aber, Verehrter!“ lachte es in seinem Rücken, „von drinnen müssen Sie zumachen!“

„Ah so, ah so — dank schön Herr Nachbar.“ Er klopfte auf, ging hinein, und wollte zumachen. Es ging nicht. Er drückte stärker. Es ging wirklich nicht.

Ein Kellner kam herein. „Na, Sie wollen wohl das Zehnerl schinden, he!“

„Ja, meinen S', ich zahl' zweimal hinteranand a Zehnerl?“

„Sie werden wohl müssen, wenn Sie — wenn Sie müssen.“

„I' muß ja gar net!“

Er trommelte auf dem Apparat herum: „Dös is a schöner Schwindel! — Mei' Zehnerl möcht i', sag i'!“

Der Kellner lächelte belustigt: „Wenn Sie Standal machen, werde ich den Direktor — ah, da ist er.“ Er erzählte ihm den Fall.

„Lieber Mann,“ sagte der Spendid-Direktor weltmännisch, „da ist weiter nichts zu machen.“

Leute sammelten sich an. Spendid-Stammgäste gaben ihre Meinung kund:

„Ich hab's schon immer g'sagt: der Sauapparat.“ — „Das kommt davon, wenn man die erprobten Leut' forsigt.“ — „Ja, fufzehn Jahr war die Urschel da.“ — „Und es hat a solche Gaudi geb'n.“ — „Zehnt ist alle Augenblick ein Rokka.“ — „Ja, neulich hab'n zwei g'raußt herin.“ — „G'raußt?“ — „Ja, jeder hat behauptet, doch er dös Zehnerl 'nein hält g'schmissen.“ — „Ich hab's immer g'sagt, es bringt kein' Segen, wenn der lebendige Mensch von einer toten Maschine erficht.“

„Mei' Zehnerl möcht i'!“ trommelte der Futtererlepp in regelmäßigen Zwischenräumen an die Türe, „mei' Zehnerl möcht i'!“ Er war blau geworden vor Zorn.

Der Direktor griff in die Westentasche: „Da.“

Der Futtererlepp hörte auf zu trommeln, nahm das Geldstück und führte es gegen den Schlüssel.

„Herr Direktor,“ mischte sich der Kellner ein, „vorhin hat er g'sagt, er möchte gar nicht.“ — „Zehnt muß i'!“ sagte der Sepp preßferrt.

Alle lachten und verzogen sich. Der Sepp warf das Zehnerl hinein. Als Sieger schritt er durch die Türe.

Aber da kam ihm die Ueberlegung: Ein Zehnerl von ihm, ein Zehnerl vom Direktor, zwei Zehnerl also gegen eine Benützung. Des Futtererlepps Rechtschaffenheit sträubte sich. In seine hintere Westentasche griff er, mit dem im Griff stehenden Messer stocherte er im Schlüssel herum: „Ein Zehnerl is z'viel drin,“ brummte er, „ein Zehnerl muß wieder aus!“

Jemand kam herein. „Was machen Sie denn da?“

„Die Maschine mach'n.“ — „Ein Zehnerl is jetzt z'viel neing'rutscht — dös muß wieder raus.“

„Geben Sie sich keine Mühe, so kriegen Sie's nicht heraus.“

„Racha hol' mir's dul!“ fuhr der Sepp ihn an.

„Ich? Was geht's mich an — wären Sie nicht so dumm gewesen.“

„Dumm!“ schrie der Sepp — denn der da war um einen Kopf kleiner als er — „dumm? Du g'fischerst uff dul!“

„Na, warte nur, dir komm ich, dachte der Kleine: geht's nicht mit der Größe, geht es mit dem Hirn.“

„Lieber Mann,“ sagte er freundlich und sah sich um, „es gäbe schon ein Mittel, um es wieder rauszukriegen — so gar mehr als euer Zehnerl — alle Zehnerln, die da drin sind, könnt' man kriegen.“

Der Futtererlepp war ganz Ohr.

Der Kleine schüttelte prüfend an dem Schlüsselhalter: „Der ist ganz voll — wenn man da noch höchstens zehn Zehnerl neiwirft — hab'n S' soviel, Herr Nachbar?“

Der Futtererlepp leerte seine Tasche. „Eines — zwei — drei...“

„Reicht zweimal aus!“ — „Für was?“

Der Kleine klopfte auf das Kästchen: „Wenn das voll ist, springt's von selber auf — Ihr versteht mich?“

„Hm, und wieder trüft auf euch?“

„Ich verlange nichts — b'hüt Gott und laßt euch nicht erwischen.“

Der Futtererlepp ließ sich nicht erwischen. Er ging schachte in den Versuch zurück und warf ein Zehnerl um das andere in den Apparat. Beim zehnten wartete er. Der Apparat rührte sich nicht. Beim fünfzehnten wartete er wieder. Der Apparat blieb still. Beim fünfzehnten schwitzte er. Der Apparat gliederte höhnisch. Die Türe ins Lokal rief er auf: „Wo ist der Kloane?“ schrie er.

Der Kellner kam herein, der Sekretär, der Direktor, Gäste —

„Was ist denn schon wieder?“ sagte der Direktor.

Wütend zeigte der Sepp auf den Apparat: „A Schwindel is'!“

Dann gegen das Lokal: „A Schwindler is er!“ Aber guter Mann —

„Siebzehn Zehnerl hab' i' no'mal neig'schmissen.“

„Sie sahen ihn an. Sie lachten: Siebzehn Zehnerln! Na, das muß man Ihnen lassen: Ausdauer haben Sie.“

„Meine Zehnerln!“ schrie der Sepp. — „Sie lachten noch mehr. Da riß dem Sepp die Geduld. An dem Zehnerkasten riß er. Aber er war festgenietet.“

Da wurde der Sepp plötzlich ruhig, ganz ruhig. Mit seinen Bauernhäuten hob er glatt die Türe aus den Angeln und schritt wortlos aus dem „Hier!“.

Man war starr. Man sah ihn durch die Straßentüre gehen. „Ich werde Sie,“ schrie der Direktor, „ich werde Sie —“

„Hier!“ sagte Sepp und langte mit der freigemachten Hand nachwärts. — „Das ist ja — ist ja —!“

„Ja Rannhofen zähl' i's nach — was überbleibt, kommt z'ruck — pfuat Good!“

„Kommt z'ruck?“ murmelte der Direktor. „Kommt z'ruck?“ — Herr Sekretär, schreiben Sie mal der alten Urschel...“

(Mit Erlaubnis des H. Staatsanwaltes Berlin. Dringl. der Geschlechtskennung „Rannhofen“ von Fritz Müller-Partenkirchen übernommen.)

Deutsches Theater.

„Die Flaggenverordnung ist ein Glied aus der Kette des Wiederaufbaus.“ (Aus Luthers Rede.)



„Sieh nur, John, dies ist Theater, made in Germany! Bald werden wir haben Museum of 30 flags, alles gemacht in Germany. Germany ist ein großes Land, es wird aufbauen bis zu 60 die Kette!“

Boten aus dem Weltenraum.

Von Billy Sax.

Im Jahre 1790 erreichte die Pariser Akademie der Wissenschaften ein eigenartiges Schreiben. Sein Absender war der Magistrat des französischen Dries Juillac und der Inhalt die durch mehr als dreihundert Unterschriften beglaubigte Schilderung eines Meteoritenfalles. Die Antwort auf die feierliche Eingabe war Spott und Hohn und im selben Jahre schrieb der Kaiser des Wiener Naturhistorischen Museums (das lustigerweise jetzt die herrlichste Sammlung solcher Steine birgt) eine geharnischte Schrift gegen die Leute, die „so unvorsätzlich dumm und leichtgläubig seien, solche Märchen auch nur für wahrscheinlich zu halten... Man möchte (solle) solcherlei Steine, so noch hier und da als Parität bewahrt werden, wegwerfen, um sich nicht der Lächerlichkeit auszusetzen.“

Und vier Jahre später wies man dann nach, daß das „Märchen“ Wahrheit sei. Was da alles buchstäblich vom Himmel fällt, hat sich später herausgestellt. Es sind Steinbrocken fast gleicher Beschaffenheit, die von irischem Material wenig verschieden sind, und — am auffälligsten — oft recht große Stücke fast reinen metallischen Eisens, das einen geringen Prozentsatz Nickel aufweist. Die Stücke können ziemlich groß werden, in Arizona erglitzert ein Cannon Diablo ein recht ansehnlicher Mondkrater, der immerhin einem kosmischen Geschloß von mindestens 400 Metern Durchmesser seinen Ursprung verdankt. Nach der anderen Seite geht die Größe bis auf mikroskopische Maße herunter. Polarfahrer fanden ganze Schneefelder mit feinem eisigen kosmischen Staub bedeckt. Inmitten wäre es doch auf die Dauer etwas langweilig, wenn Tag für Tag, jahraus, jahrein immer nur Stein- und Eisenbrocken aus dem Weltraum kommen würden. Die Natur hat aber auch da für reichliche Abwechslung gesorgt. Unter den Boten, die aus dem Weltraum zu uns kommen, findet sich auch das Geheimnisvolle und Höchste des ganzen Weltalls: Leben. Allerdings nur Spuren von Bakterien. Wie ein Märchen klingt es, daß kleinste Bazillen, die — das wissen wir aus Experimenten — imstande sind, jeder Kälte zu trotzen, so von Stern zu Stern zu wandern, um jeden Weltkörper, der überhaupt Leben erhalten kann, zu befruchten. Und, wie man weiter folgern kann, ohne sich aus dem streng Keulen zu verlieren, überall eine ähnliche Entwicklung durchgemacht haben werden, wie auf der Erde. Gelingen haben wir von Leben auf anderen Weltkörpern freilich noch recht wenig — unsere Atmosphäre hindert uns daran —, das einzige dürften einige zeitweilig grünefarbige Gebiete auf dem Mars und auch auf dem Mond sein. Im Mondkrater Craterus hat der amerikanische Astronom Pickering auch seltsame wandernde Flecke gesehen, die er für ziehende Insektenherde gleich unseren Heuschreckenschwärmen hält. Es dürfte übrigens ein ziemliches Kunststück sein, Bazillen, die aus dem All kommen, als solche zu erkennen. Wir haben auf der Erde fremdartiges Bakterienvolk, das mit — ich muß es gestehen — immer etwas außerirdisch vorkommt; einige atmen Schwefelwasserstoff, andere können Sauerstoff nicht vertragen, und noch andere fiedeln sich im Eisen an. Den Entdeckern Australiens kamen aber die Beutel- und Schnabeltiere mindestens ebenso seltsam vor. Hat man doch schon einmal behauptet, Australien sei von einem Kometen verloren worden.

Wie reifen denn aber diese Bazillen? Der leere Raum bildet doch sogar noch für den Menschen eine Schranke, die er — sehr gegen seinen Willen — respektieren muß. Es heißt, daß diese Schranke demnächst fallen werde, mit Raketenraketen will man, wahrscheinlich noch in diesem Jahre, der Schwere auf den Leib rücken.

Soante Kirchhous, der Schöpfer der bislang besten Einzeltheorie, hat auch diese wunderbare Sache erforscht. Die Bakterien reifen auf Schwelgen des Lichtdrucks! Der Druck, den das Licht der Schwerekräft entgegen ausübt und den man bei jedem Kometenschweif sehen kann, reißt kleinste Körperchen mit sich. Die günstigste Größe eines Körpers, der mit dem Licht reifen will, ist gerade die Durchschnittgröße von Bakterien. Ob das vielleicht umgekehrt die erste und ursprüngliche Lebensanpassung ist? — Uebermäßig schnell fliegt solch Lebensstäubchen ja nicht gerade, aber doch leidlich flink. In einigen Jahrzehnten wäre es von der Erde bis zum Neptun gewandert und in mehreren Jahrtausenden hätte es die nächste Fixsternsanne, Alpha Centauri, erreicht. Man hat nun noch berechnet, daß die Weltraumfälle den Lebensprozeß eines Keims derart herabzuschrauben würde, daß er in drei Millionen Jahren nur soviel an Reimkraft verbräute, wie auf der Erde an einem Tage.

Und noch etwas handgreiflicheres ist einmal aus dem All gekommen. Man konnte seit langem eine glasartige Masse, ähnlich dem Luftglas Obsidian, aus Böhmen und Mähren, die man, weil man nichts Rechtes von ihr wußte, vorsichtigerweise nach der Rodbau geographisch „Rochavil“ getauft hatte. Lange ging der Streit der Meinungen, ob es Naturbildungen oder Schladen einer vergessenen alten Glasindustrie seien, hin und her; da fand man in Australien ähnliches Zeug und nannte es „Australit“. Und bald darauf auf der Insel Billiton bei Borneo die „Billitonit“. Dann in der schwedischen Landschaft Schonen den „Schonit“. Das alles konnte man wirklich nicht recht irgendwelchen prähistorischen Glasmachern in die Schuhe

schieben. Und es glückte auch der Nachweis einer längst geahnten Tafel, Rochavil, Australit, Billitonit und Schonit entpuppten sich als ein und dasselbe, als Glasmeteoriten. Soweit bis jetzt bekannt, ist nur einmal ein solcher glühender Glashagel auf die Erde gefallen, zur Zeit, da in Europa Mastodonte und auf Java die Affenmenschen lebten. — Jetzt liegen auch diese Glaskörper in unseren Sammlungen. „Tektite“ sagt das Namensschild.

Das größte Steinbild der Welt. Die Ägypter haben in ihren Sphingen, die alten Griechen im Kolos von Rhodos die monumentalfesten Gestaltungen geschaffen wollen, aber sie werden übertraffen von den alten Indern, die in ihren Steinbildern das Grandioseste geleistet haben, was je menschliche Plastik vollbracht. Das gewaltigste Steinbild, das die Erde trägt, ist die Riesensäule des Komat Raja, die sich auf dem Tempelberge Indrabetta erhebt und 20 Meter emporkragt. Eine ganze heilige Stadt ist hier vor 2000 Jahren von der Seite der Jains zwischen den Felsenwänden der Berge Indrabetta und Chandragiri geschaffen worden. Die Säule bildet den Gipfel des aus härtestem Granit bestehenden Berges Indrabetta, dessen ungeheure Riesen mühsam mit dem primitiven Meißel und Hammer entfernt wurden, bis nur noch der gigantische Block stehen blieb, aus dem Künstlerhand jenes Riesenschildes kam. Der Reisende H. A. Heiland schildert einen Besuch bei diesem größten Steinbild der Erde in Scherts „Magazin“. Die Priester und Betenden, die neben den Riesensäulen des Komat Raja stehen, erscheinen wie winzige Ameisen. „Wie langsam ergeht das Auge die Dimensionen des gewaltigen Bildwerkes,“ schreibt der Verfasser. „Zu gering ist die Entfernung, die der Tempelhof dem Betrachter gestattet, zu ungeheurer der Riesensäule Komat, der nicht als fabelhafter Gott, sondern als nackter Mensch erscheint, zur ehrfurchtsvollen Erinnerung an einen Weisen, der wirklich lebte, den großen Lehrer der Seite der Jains. Wie war es möglich, ein solches Bildwerk zu schaffen, das an Größe alle ägyptischen übertrifft? Jene erstarbenden Generationen müssen die ganze Spitze des Berges weggemeißelt haben, um nur den gewaltigen Block lebenszulassen, aus dem man die Säule schnitt! Eine übermenschenhafte Arbeit! Bei der Eigenart der indischen Granitformation ist absolut nicht anzunehmen, daß dort eine geeignete Felsart vorhanden gewesen ist. Im Gegenteil, die Form des ganzen Berges verrät einen breiten, flachen Gipfel. Ein zweites Wunder ist die Konzentration des Steinernes Riesenschildes. Er scheint zu liegen, nicht vor 2000 Jahren, gemessen. Den Grund dafür sucht man darin, daß das Gestein alle 20 Jahre reichlich mit Öl getränkt wurde, eine kostspielige Opferung, dem Andenken des großen Weisen dargebracht. Gar seltsam ist die Darstellungsgemeinschaft, die der Schöpfer jenes Riesenschildes wählte: Chamunda Raja, der um das Jahr 60 v. Chr. lebte. Um die Verehrung der Weisen gegen alle Keuchertlichkeiten, alles Menschliche darzustellen, stellte er ihn vollkommen nackt dar. In erster Reihe, sinnenden Blickes, schaut das Riesenschild den Norden, die Heimat, wo Komat und Buddha, die beiden Religionsstifter Asiens, gelebt.“

Nehmen die Farbigen mehr zu als die Weißen? Gegenüber einer aus dem Jahr 1920 stammenden Schätzung von Stoddard, wonach es unter 1700 Millionen Menschen 550 Mill. Weiße, 510 Mill. Gelbe, 450 Mill. Braune, 150 Mill. Schwarze und 50 Mill. Rotgelbe gibt, kommt der amerikanische Bevölkerungsstatistiker Edward R. Cost auf 1750 Mill. Menschen, darunter 710 Mill. Weiße, 510 Mill. Gelbe, 420 Mill. Braune und 110 Mill. Schwarze. Wenn man berücksichtigt, daß Cost die ganzen 465 Mill. Europäer, dazu noch 185 Mill. Menschen europäischen Ursprungs und 60 Mill. nichteuropäischen Ursprungs (Vorderasien, Nordafrika) zu den Weißen gerechnet, während tatsächlich ein sehr beträchtlicher Staatsanteil der Bevölkerung Europas, zumal dieuropas, mongolischer Rasse ist, fernar daß Cost die „Rotgelben“ Stoddards (Wameritaner) anscheinend zu den Gelben gezählt hat, so stimmen beide Schätzungen recht gut überein. Etwa 580 Mill. Weiße stehen also etwa 1150 Mill. Farbigen gegenüber. Während aber Stoddard annimmt, daß die Farbigen sich viel stärker vermehren, kommt Cost zu dem gegenteiligen Ergebnis, das F. Lenx-München, der die deutsche Uebersetzung von Cost's Buch („Die Menschheit am Scheidewege“) in der Deutschen Literaturzeitung lobend bespricht, für wohl begründet ansieht. Danach ergibt sich für die Weißen ein jährlicher Zuwachs von 15 v. T., für die Farbigen von 2 v. T. Es kommt dies daher, daß die vortrefflichen der von Farbigen bewohnten Länder (China, Indien) schon mit Menschen aufs äußerste angefüllt sind, während die Weißen die Landreserven (Nordamerika, süßliches Südamerika, Australien) in der Hand haben und sie gegen die Farbigen verhalten. Daher ist anzunehmen, daß die Weißen trotz ihrer gegenwärtigen Mehrzahl in weniger als einem Jahrhundert die Mehrzahl der Menschheit ausmachen werden. Allerdings macht Lenx auch wieder auf die Verschiebung der Rassenelemente innerhalb der Weißen aufmerksam. Gerade der Anteil der nordischen Rassenelemente scheint in ziemlich schnellem relativen Rückgang zu sein.

